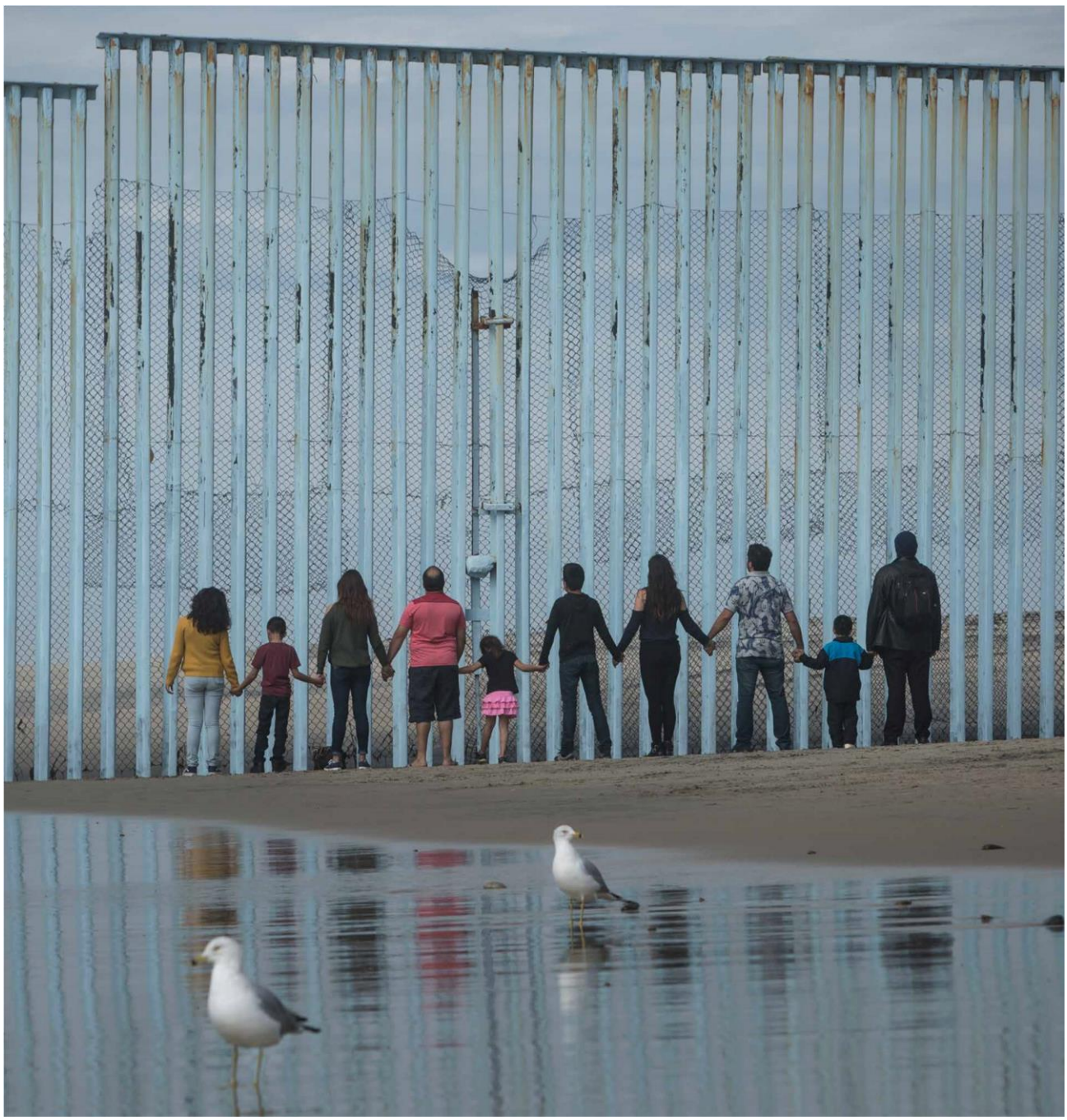


VOR NEUEN MAUERN

VERLETZUNGEN DER RECHTE VON ASYLSUCHENDEN DURCH DIE USA UND MEXIKO

I WELCOME

AMNESTY INTERNATIONAL

Amnesty International ist eine weltweite Bewegung von mehr als 7 Millionen Menschen, die sich für eine Welt einsetzen, in der die Menschenrechte für alle gelten.

Es ist unsere Vision, dass jeder Mensch die Rechte in Anspruch nehmen kann, die in der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte und anderen internationalen Menschenrechtsverträgen enthalten sind.

Wir sind unabhängig von jeder Regierung, politischen Ideologie, wirtschaftlichen Interessen oder Religionen und finanzieren uns hauptsächlich durch unsere Mitglieder und durch Spenden.

© Amnesty International 2017
Except where otherwise noted, content in this document is licensed under a Creative Commons (attribution, non-commercial, no derivatives, international 4.0) licence.
https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/4.0/legalcode
For more information please visit the permissions page on our website: www.amnesty.org
Where material is attributed to a copyright owner other than Amnesty International this material is not subject to the Creative Commons licence.

First published in 2017 by Amnesty International Ltd
Peter Benenson House, 1 Easton Street, London WC1X 0DW, UK

Übersetzung: El Salvador-Koordinationsgruppe
Postfach 7123, 71317 Waiblingen
Übersetzung nicht authorisiert.

Index: AMR 01/6426/2017
Original language: English
Titel des Originals: Facing Walls: USA and Mexico's Violations of the Rights of Asylum-Seekers

www.amnesty.org

Cover photo:
USA – Mexiko Grenze in Tijuana, Mexiko
© Hans Maximo Musielik / Amnesty International

INHALT

	GLOSSAR	**4**
1.	**EINFÜHRUNG**	**5**
2.	**MYTHEN UND REALITÄTEN**	**7**
3.	**TÖDLICHE MAUERN**	**14**
3.1	Zäune und Mauern kosten Menschenleben	**14**
3.2	Jenseits von Mauern: Andere rechtliche Maßnahmen	**15**
4.	**DIE VERLETZUNG INTERNATIONALEN RECHTS**	**19**
4.1	Die Verletzung des Prinzips der Nichtzurückweisung: Abweisungen an der Grenze	**19**
4.2	Trump's Grenzsicherheits-Verordnung: Eine menschliche Mauer	**23**
4.3	Investitionen in die Inhaftierung von Familien	**25**
5.	**DIE ANDERE MAUER: MEXIKO**	**29**
5.1	Mexico bricht die eigenen Gesetze und inhaftiert Kinder	**32**
5.2	Wer Mexiko durchquert, setzt sein Leben aufs Spiel	**33**
5.3	Asylsuchende auf der Durchreise in Gefahr: Transpersonen	**35**
6.	**EMPFEHLUNGEN**	**37**

GLOSSAR

BEGRIFF	BESCHREIBUNG
FISCAL YEAR **RECHNUNGSJAHR**	Die US-Regierung klassifiziert zahlreiche offizielle Informationen nach Rechnungsjahren. Ein Rechnungsjahr beginnt am 1. Oktober und endet am 30. September.
REFUGEE **FLÜCHTLING**	Ein Flüchtling ist eine Person, die aus ihrem eigenen Land geflohen ist, da sie begründete Angst vor Verfolgung hat und von ihrer eigenen Regierung nicht beschützt werden kann oder will. Asylverfahren zielen darauf ab festzustellen, ob jemand die rechtlichen Vorgaben eines Flüchtlings erfüllt. Wenn ein Land jemanden als Flüchtling anerkennt, gewährt es dieser Person internationalen Schutz als Ersatz für den Schutz durch das eigene Land.
ASYLUMSEEKER **ASYLSUCHENDE**	Ein Asylsuchender ist jemand, der sein Land auf der Suche nach Schutz verlassen hat, dabei aber noch nicht als Flüchtling anerkannt worden ist. Während der Asylantrag geprüft wird, darf der Asylsuchende nicht gezwungen werden, in sein Heimatland zurückzukehren. Nach internationalem Recht ist der Flüchtlingsstatus ein auf Tatsachen beruhender Status, der der offiziellen juristischen Gewährung von Asyl vorausgeht.
MIGRANT **MIGRANTIN**	Ein Migrant / eine Migrantin ist eine Person, die von einem Land in ein anderes zieht; normalerweise um dort entweder zeitweise oder dauerhaft zu leben und zu arbeiten oder um wieder mit Familienmitgliedern vereint zu sein. „Reguläre“ MigrantInnen sind AusländerInnen, die gemäß Landesgesetz berechtigt sind, in dem Land zu leben. „Irreguläre“ MigrantInnen sind AusländerInnen, deren Aufenthaltsstatus nicht den Anforderungen der Einwanderungsbestimmungen des Landes entspricht. Sie werden auch als „nicht dokumentierte“ MigrantInnen bezeichnet. Der Begriff „irregulär“ bezieht sich lediglich auf die Einreise oder den Aufenthalt einer Person in einem Land. [Deshalb verwenden wir in dieser Übersetzung die Formulierung „MigrantInnen ohne behördliche Aufenthaltserlaubnis“. Anm.d.Ü.] Amnesty International verwendet den Begriff „illegaler Migrant“ nicht.
UN REFUGEE CONVENTION AND PROTOCOL **GENFER FLÜCHTLINGSKONVENTION UND PROTOKOLL ÜBER DIE RECHTSSTELLUNG DER FLÜCHTLINGE**	Die Genfer Flüchtlingskonvention (Abkommen über die Rechtsstellung der Flüchtlinge) aus dem Jahr 1951 ist ein internationales zentral bindendes Abkommen und dient als Grundlage für das internationale Flüchtlingsrecht. Das Protokoll (Protokoll über die Rechtsstellung der Flüchtlinge) aus dem Jahr 1967 enthält die gesamte Flüchtlingskonvention von 1951 und erweitert sie mit einem Zusatz zur Anwendung auf alle Flüchtlinge, nicht nur auf Flüchtlinge aufgrund der spezifischen Konflikte der 40er und 50er Jahre. Mexiko hat sowohl die Flüchtlingskonvention als auch das Protokoll ratifiziert. Die USA hat nur das Protokoll ratifiziert, was aber identische Verpflichtungen mit sich bringt. Diese Abkommen, ebenso wie der Internationale Pakt über bürgerliche und politische Rechte aus dem Jahr 1966, der sowohl von den USA als auch von Mexiko ratifiziert wurde, legen eine Reihe fundamentaler Rechte fest, die für alle Menschen gelten.
REFOULEMENT **ZURÜCKWEISUNG**	Zurückweisung ist die erzwungene Rückkehr einer Person in ein Land, in dem sie einem reellen Risiko ausgesetzt ist, Opfer schwerer Menschenrechtsverletzungen zu werden (die Begriffe „Verfolgung“ und „schwerer Schaden“ werden alternativ verwendet). Menschen in dieser Situation haben ein Recht auf internationalen Schutz. Das internationale Recht verbietet es, Flüchtlinge und Asylsuchende in das Land, aus dem sie geflohen sind, zurückzuschicken – diese Regelung ist bekannt als der Grundsatz der Nicht-Zurückweisung. Dieser Grundsatz gilt auch für andere Personen (darunter auch MigrantInnen ohne behördliche Aufenthaltserlaubnis), die in Gefahr sind, Opfer schwerer Menschenrechtsverletzungen wie beispielsweise Folter zu werden, auch wenn sie der rechtlichen Definition eines Flüchtlings nicht entsprechen. Indirekte Zurückweisung liegt dann vor, wenn ein Land die entsprechenden Personen an einen Ort zurückschickt, wo sie Gefahr laufen, noch weiter abgeschoben zu werden. Auch dies verbietet das internationale Recht.
MARA	Eine umgangssprachliche Bezeichnung für organisierte Gruppen aus dem nördlichen Dreieck Zentralamerikas, die sich durch gewaltsame kriminelle Handlungen auszeichnen und im Allgemeinen mit der Kontrolle bestimmter Gebiete assoziiert werden.
ICE **IMMIGRATIONS AND CUSTOMS ENFORCEMENT**	Die Einwanderungs- und Zollbehörde (ICE) ist eine Behörde der US-Regierung, die dem Heimatschutzministerium (DHS) zugeordnet ist. Die ICE hat im Allgemeinen den Auftrag, Inhaftierungen und Abschiebungen von MigrantInnen ohne behördliche Aufenthaltserlaubnis durchzuführen. Sie operiert normalerweise eher im Landesinneren als in den Grenzregionen.
CBP **CUSTOMS AND BORDER PROTECTION**	Der Zoll- und Grenzschutz (CBP) ist eine Behörde der US-Regierung, die dem Heimatschutzministerium (DHS) zugeordnet ist. Im Unterschied zur ICE (siehe oben) operiert der CPB in der Regel an den Grenzen und Grenzübergängen der Vereinigten Staaten.
PORT OF ENTRY **GRENZSTATION**	Gemeint sind hier offizielle Zoll- und Einreisestationen in die USA, an denen Reisende ihren Pass und/oder andere Dokumente vorweisen müssen, um ins Land einreisen zu dürfen.
BORDER CONTROL **GRENZPATROUILLE**	Die US-Grenzkontroll-Patrouille wurde 1924 eingeführt und besteht aus Tausenden von Wachleuten, die die US-Grenzen zu Pferd, mit Fahrrädern, zu Fuß oder mit Fahrzeugen überwachen. Ihr Ziel ist es, (illegale) Waffen und Drogentransporte zu entdecken. In der jüngeren Vergangenheit wurde ihr Auftrag um die Ergreifung von MigrantInnen ohne behördliche Aufenthaltserlaubnis erweitert.

1. EINFÜHRUNG

Am 17. März 2017 kündigte der US-Zoll- und Grenzschutz eine Ausschreibung für eine der längsten Mauern der Welt an: Eine neun Meter hohe Konstruktion, welche die weltweit meist überquerte Grenze nun vollständig abriegeln soll - durch bergiges Terrain, Wüstenregionen sowie flaches Weideland, durch das ein großer Fluss fließt. Noch wesentlicher als die sichtbaren Mauern sind jedoch die unmenschlichen Mauern der Grausamkeit, die diese Barriere darstellt. Dieser Bericht untersucht die Implikationen des Erlasses von US-Präsident Donald Trump vom 25. Januar 2017 mit dem Titel „Verbesserung der Grenzsicherheit und der Umsetzung des Einwanderungsrechts". Darin wird nicht nur der Bau einer Mauer verlangt, sondern es werden auch Maßnahmen verfügt, die gravierende Auswirkungen für Tausende von gefährdeten Menschen haben, von denen viele gar keine andere Wahl hatten, als ihr Land zu verlassen, um ihr Leben zu retten. Dieser Erlass wird aktuell vom Heimatschutzministerium (Department of Homeland Security - DHS) und anderen US-Regierungsagenturen umgesetzt und verletzt internationales Recht und Menschenrechtsstandards, indem zugelassen wird, dass Menschen zwangsweise in lebensgefährliche Lebenssituationen zurückgeschickt werden und indem die Inhaftierung von Asylsuchenden und Familien monatelang verlängert wird. Dieser Bericht verdeutlicht zudem die Rolle der mexikanischen Regierung, die diese Menschenrechtsverletzungen gegenüber Tausenden von Asylsuchenden wiederholt, die vor der extremen Gewalt im nördlichen Dreieck Zentralamerikas fliehen (dazu gehören die Länder Honduras, El Salvador und Guatemala) und die in vielen Fällen ein Recht auf die Anerkennung als Flüchtling in Mexiko oder den USA haben. Gleichzeitig mit der Veröffentlichung dieses Berichts fand in Miami unter der Leitung der mexikanischen und US-amerikanischen Regierung vom 14. - 16. Juni 2017 eine hochrangige Konferenz zum Thema Sicherheit und Regierungsfragen bezüglich des nördlichen Dreiecks statt.

Amnesty International lehnt Grenzkontrollen nicht ab und anerkennt die souveräne Entscheidung von Staaten, die Einreise in ihr Hoheitsgebiet zu regulieren. Diese Kontrollen müssen jedoch in Übereinstimmung mit internationalen Menschenrechts- und Flüchtlingsschutzstandards sein. Die Vereinigten Staaten halten sich seit vielen Jahren nicht an diese Standards und ihre bereits existierende Grenzkontrollpolitik läuft internationalem Recht zuwider. Hinzu kommt, dass sich die neue Trump-Regierung einer hasserfüllten Rhetorik gegenüber Asylsuchenden und MigrantInnen bedient.

Es ist erwiesen, dass die extrem strengen Grenzkontrollen Menschen nicht von Flucht und Migration abhalten, sondern sie vielmehr auf gefährlichere Routen zwingen und kriminelle Netzwerke stärken, die Menschenschmuggel fördern und denen viele Menschenleben zum Opfer fallen. Ein großer Teil der Menschen, die die südliche Grenze der USA überqueren, sind Asylsuchende, die vor der extremen Gewalt im mittelamerikanischen nördlichen Dreieck fliehen. Unter den Asylsuchenden sind auch MexikanerInnen, die vor Gewalt und Verfolgung fliehen. Der Gesamteffekt und tatsächlich das gewünschte Resultat der neuen Aktionen Donald Trumps ist es, die Rechte der Asylsuchenden in den USA zu unterlaufen und ein unmenschliches auf Strafen aufgebautes Vorgehen gegenüber MigrantInnen ohne behördliche Aufenthaltserlaubnis zu institutionalisieren. Hinzu kommt, dass die mexikanische Regierung – bisweilen mit finanzieller Unterstützung der USA - eine zentrale Rolle spielt, indem sie Tausende Menschen rechtswidrig inhaftiert, abschiebt und erneut Gefahrensituationen aussetzt.

Dieser Bericht basiert auf Feldforschung und der Befragung von über 120 Asylsuchenden und MigrantInnen, ca. 25 RegierungsbeamtInnen und 40 zivilgesellschaftlichen Organisationen sowie der Durchsicht offizieller Dokumente durch Amnesty International über einen Zeitraum von mehr als einem Jahr. Er zeigt die Auswirkungen der harschen Immigrationsbestimmungen auf Familien, Frauen, Männer, Kinder, lesbische, schwule, bisexuelle, transgender und intersexuelle Personen (LGBTI), die aus Mexiko und Mittelamerika emigrieren. Wenn die Namen der interviewten Personen mit einem Sternchen versehen sind, handelt es sich um Pseudonyme. Dies zeugt in vielen Fällen von der Angst, die diese Menschen um ihr Leben haben. Amnesty International dankt den Interviewten, die Zeugnis abgelegt haben, ebenso wie den AnwältInnen, MenschenrechtsverteidigerInnen und RegierungsbeamtInnen, die sich bereit erklärt haben, Informationen für diesen Bericht zur Verfügung zu stellen.

EIN TÖDLICHER KREISLAUF FÜR ASYL-SUCHENDE

Dieser Bericht analysiert die am 25. Januar 2017 unterzeichnete Verfügung des amerikanischen Präsidenten mit dem Titel „Verbesserung der Grenzsicherheit und der Umsetzung des Einwanderungsrechts“ („Border Security and Immigration Enforcement Improvements“ – im Folgenden „Grenzsicherheits-Verfügung“ genannt)[1]. Es sollen an dieser Stelle noch zwei weitere Verfügungen erwähnt werden, die zeitgleich unterzeichnet wurden und bisweilen mit der Verfügung zur Grenzsicherheit verwechselt werden. Kaum eine Woche nach seinem Amtsantritt unterschrieb Trump drei präsidiale Verfügungen, die MigrantInnen, Asylsuchende und Flüchtlinge betreffen. Neben der Grenzsicherheits-Verfügung unterschrieb Trump am selben Tag eine Verfügung mit dem Titel „Wie die öffentliche Sicherheit innerhalb der Vereinigten Staaten erhöht werden kann“ (Enhancing Public Safety in the interior of the United States“[2]). Diese Verfügung bezieht sich auf die Umsetzung des Immigrationsrechts innerhalb des Landes, erwirkt eine Erweiterung der Funktionen und Erhöhung der MitarbeiterInnenzahlen innerhalb der Einwanderungs- und Zollbehörde (ICE) und setzt einen Akzent auf Abschiebung aller Einwanderer, insbesondere derjenigen, die einer Straftat verdächtigt werden. Außerdem werden die Mittel für sogenannte „Sanctuary cities“ gestrichen, die nicht mit der Einwanderungs- und Zollbehörde (ICE) und anderen Bundesbehörden dabei kooperieren, MigrantInnen ohne behördliche Aufenthaltserlaubnis in ihrem Zuständigkeitsbereich zu ergreifen.

Zwei Tage später, am 27. Januar 2017, unterzeichnete Präsident Trump eine Verfügung, die als „Muslim Ban“[3] – ein Einreiseverbot für Muslime – bekannt wurde. Nachdem diese Verfügung von einigen Gerichten ausgesetzt wurde, wurde am 6. März 2017 eine neue, ganz ähnliche Verfügung unterzeichnet, die den BewohnerInnen von sechs, mehrheitlich muslimischen Ländern die Einreise in die Vereinigten Staaten untersagte und die Außerkraftsetzung des Programms für die Aufnahme von Flüchtlingen (Refugee Admission Programme - RAP) für 120 Tage erwirken sollte. Amnesty International untersuchte diese Verfügung in einem kürzlich erschienenen Bericht[4]. Sie wird zur Zeit innerhalb der USA von verschiedenen Seiten gerichtlich angefochten und wird voraussichtlich dem Verfassungsgericht vorgelegt werden. Es gibt noch weitere Punkte in dieser Verfügung, die Anlass zur Besorgnis geben, wie beispielsweise die Entscheidung, die Zahl der Flüchtlinge, die die USA aufnehmen will, von 110.000 auf 50.000 zu senken. Diese Maßnahme kann sich auf mittelamerikanische Flüchtlinge auswirken, konkret auf das Zentralamerikanische Flüchtlingsprogramm für Minderjährige innerhalb der USA (Central American Minors In-Country Refugee/Parole - CAM). Dieses Programm wurde 2014 gestartet und bis März 2017 wurden im Rahmen dieses Programms mehr als 2.600 Kinder und Familienmitglieder in den USA[5] zusammengeführt, nach speziellen Auswahlverfahren in den zentralamerikanischen Ländern selbst. Die strengen Anforderungen setzen voraus, dass ein Familienmitglied rechtmäßig in den USA lebt. Personen, die die CAM-Anforderungen erfüllen, erhalten als Flüchtlinge oder aus humanitären Gründen eine Einreisegenehmigung in die USA. Obgleich das Thema als Ganzes von schwerwiegender Bedeutung ist, wird sich Amnesty International in diesem Bericht nicht mit Fällen im Zusammenhang mit RAP oder CAM beschäftigen, sondern auf die Analyse der Situation von Asylsuchenden beschränken, die aus ihren Ländern in die USA oder nach Mexiko fliehen und im Zuge eines Asylverfahrens Flüchtlingsstatus beantragen.

---

[1] The White House, Office of the Press Secretary, *Executive Order: Border Security and Immigration Enforcement Improvements*, 25. Januar 2017, (in den folgenden Fußnoten Border Security Executive Order genannt), einsehbar unter: https://www.whitehouse.gov/the-pressoffice/2017/01/25/executive-order-border-security-and-immigration-enforcement-improvements. Zuletzt aufgerufen: 21. Mai 2017

[2] The White House, Office of the Press Secretary, Executive Order: *Executive Order: Enhancing Public Safety in the Interior of the United States*, 25. Januar 2017, einsehbar unter: https://www.whitehouse.gov/the-press-office/2017/01/25/presidential-executive-order-enhancingpublic-safety-interior-united. Zuletzt aufgerufen: 21. Mai 2017

[3] The White House, Office of the Press Secretary, *EXECUTIVE ORDER: PROTECTING THE NATION FROM FOREIGN TERRORIST ENTRY INTO THE UNITED STATES,* 27. Januar 2017, einsehbar unter https://www.whitehouse.gov/the-press-office/2017/01/27/executive-orderprotecting-nation-foreign-terrorist-entry-united-states. Zuletzt aufgerufen: 21. Mai 2017

[4] Amnesty International, My Family was in Shock, AMR5162072017, 12. Mai, 2017, einsehbar unter: https://www.amnesty.org/en/documents/amr51/6207/2017/en/

[5] United States Department of State staff email to Amnesty International, 8 April, 2016

2. MYTHEN UND REALITÄTEN

MYTHOS: DIE USA WERDEN VON MIGRANTINNEN AUS MEXIKO ÜBERSCHWEMMT

Als Präsidentschaftskandidat bezeichnete Donald Trump die MexikanerInnen öffentlich als Bedrohung für die Vereinigten Staaten und bediente sich dabei einer hasserfüllten Rhetorik[6]. Diese Behauptungen wurden nach der Amtsübernahme von Trump zu keinem Zeitpunkt zurückgenommen. Als Präsident stellte er in der Grenzsicherheits-Verordnung fest, dass „eine fortgesetzte illegale Einwanderung eine klare und aktuelle Gefahr für die Interessen der USA darstellt"[7]. Die Kombination dieser öffentlichen Behauptungen fördert den Mythos, dass Immigration aus Mexiko eine überwältigende Bedrohung für die USA darstelle.

REALITÄT: WENIGER MEXIKANERINNEN ALS JEMALS ZUVOR EMIGRIEREN IN DIE USA

Trump liegt in verschiedenen Punkten falsch. Obgleich es seit 2014 insgesamt an der Grenze zwischen Mexiko und den USA mehr Festnahmen gab, liegt die Zahl der behördlich nicht genehmigten Grenzübertritte niedriger als 2008 und im Vergleich mit den Jahrzehnten davor ist der Rückgang noch deutlicher. Während es nicht möglich ist, die Gesamtzahl der Personen zu beziffern, die die südliche Grenze der USA ohne Einreiseerlaubnis überschreiten, veröffentlicht die US-Grenzkontroll-Patrouille die Zahl der Festnahmen; dies bietet zwar einen Anhaltspunkt, erfasst jedoch nicht die Menschen, die von den Behörden nicht aufgegriffen werden. Die Zahl der Festnahmen von MexikanerInnen an den US-Grenzen stieg seit den 70er Jahren an und erreichte ihren Höhepunkt in den 80er und 90er Jahren, sank nach 2000 aber wieder drastisch[8]. Seit 2000 ging die Zahl der Festnahmen durch die US-Grenz-Patrouille von 1,6 Millionen auf 192.000 (2016) zurück. 2014 und 2016[9] war die Zahl der wegen nicht genehmigten Grenzübertritts festgenommenen Personen anderer Nationalitäten (in den Datenbanken der US-Regierung als „Nicht-MexikanerInnen" bezeichnet) höher als die der MexikanerInnen[10]. Viele dieser Menschen kamen aus dem nördlichen Dreieck Zentralamerikas[11]. Die US-Grenzkontrolle veröffentlicht keine Aufschlüsselung der Festnahmen von „nicht-mexikanischen" Nationalitäten. Aber zwischen den Rechnungsjahren 2013 und 2016 waren 27 % der an den Grenzen festgenommenen Personen Familien oder unbegleitete Kinder[12]. Im Rechnungsjahr 2016 kamen 91 % der von der US-Grenzpatrouille festgenommenen Familien und 79 % der unbegleiteten Kinder aus dem nördlichen Dreieck[13]. Dies erfasst natürlich nicht die vielen Erwachsenen, die möglicherweise allein oder in Gruppen unterwegs sind und in vielen Fällen vor Gewalt fliehen.

---

[6] Als Beispiel - auch wenn das nicht das einzige Beispiel ist -: Als Donald Trump seine Präsidentschaftskandidatur im Juni 2015 ankündigte, beschrieb er bekanntermaßen ImmigrantInnen aus Mexiko als "Vergewaltiger" und "Kriminelle". Siehe die stenografierte Version seiner Rede unter: "Full Text: Donald Trump announces a presidential bid", 16. Juni 2015, einsehbar unter: https://www.washingtonpost.com/news/post-politics/wp/2015/06/16/fulltext-donald-trump-announces-a-presidential-bid/?utm_term=.7b7b0f33edf0

[7] Border Security Executive Order, Section 1

[8] Siehe z.B. Brookings Institute, *Why Undocumented Immigration from Latin America to the US will slow to a Crawl*, März 2017, einsehbar unter: https://www.brookings.edu/blog/brookings-now/2017/03/23/why-undocumented-immigration-from-latin-america-to-the-u-s-willslow-to-a-crawl-even-without-a-border-wall/. Zuletzt aufgerufen am 16. Mai 2017

[9] Siehe United States Border Patrol, Total Illegal Alien Apprehensions by Fiscal Year, einsehbar unter: https://www.cbp.gov/sites/default/files/assets/documents/2016-Oct/BP%20Total%20Apps%2C%20Mexico%2C%20OTM%20FY2000-FY2016.pdf. Zuletzt aufgerufen am 21. Mai 2017.

[10] Im Jahr 2014 wurden 53 % der Festnahmen durch die US Grenzpartrouille als „nicht-mexikanisch" klassifiziert. Im Jahr 2016 waren es erneut 54 %. Amnesty International hat die Zahlen aus dieser Datei entnommen: United States Border Patrol, Total Illegal Alien Apprehensions by Fiscal Year, (ibid).

[11] Siehe statistische Angaben in vorhergehenden Fußnoten

[12] Zwischen den Rechnungsjahren 2013 und 2016 wurden insgesamt 259.204 Menschen aufgegriffen, die im Familienverband reisten. 235.577 unbegleitete Kinder wurden aufgegriffen. Im Vergleich dazu: Insgesamt wurden 1.833.141 Menschen an der Grenze verhaftet. Zu diesen Zahlen kommt man, wenn man die Daten der folgenden offiziellen Statistk der US-Grenzpatrouille überprüft: *APPREHENSIONS ON THE SOUTHWEST BORDER* (BORDER PATROL) for the years FY 2013, 2014, 2015 and 2016, Daten einsehbar unter: https://www.cbp.gov/newsroom/stats/cbp-enforcementstatistics und https://www.cbp.gov/newsroom/stats/sw-border-migration. Zuletzt aufgerufen am 21. Mai 2017

[13] Analyse von Amnesty International auf der Basis von diesen Statistiken: US Customs and Border Protection, Southwest Border Migration, einsehbar unter: https://www.cbp.gov/newsroom/stats/sw-border-migration. Zuletzt aufgerufen am 21. Mai 2017

MYTHOS: MENSCHEN, DIE ÜBER DIE SÜDLICHE GRENZE DER USA KOMMEN, NEHMEN DEN AMERIKANERINNEN ARBEITSPLÄTZE WEG

Die Vorstellung vom „Amerikanischen Traum“ hat sich über die letzten Jahrzehnte hinweg deutlich verändert. Mannigfaltige Forschungsergebnisse zeigen, dass die wirtschaftlich motivierte Einwanderung aus Lateinamerika seit dem Jahr 2000 drastisch zurückgegangen ist. Bis zum Jahr 2050 wird ein Rückgang auf Null prognostiziert.[14] Ironischerweise wird das Modell zur Grenzkontrolle, das Trump nun ausdehnen möchte, wenig dazu beitragen, die Flut an Menschen, die in die USA einreisen, einzudämmen. Denn bei diesen Menschen handelt es sich weniger um WirtschaftsmigrantInnen als um Opfer einer erzwungenen Migration, die vor extremer Gewalt in ihren Heimatländern fliehen. Die Grenzsicherheits-Verfügung wird also kaum WirtschaftsmigrantInnen von der Einreise abhalten, sondern vielmehr solche Menschen betreffen, die in den USA Asyl suchen.

REALITÄT: VIELE MENSCHEN, DIE IN DIE USA KOMMEN, FLIEHEN UM IHR LEBEN

El Salvador ist ein kleines Land. Es hat in etwa die Größe des US-Staates New Jersey[15] . Es ist ein Ort, an dem der Alltag für viele Bürger von Erpressung, sexueller Gewalt und Drohungen geprägt ist. Dies gilt besonders für junge Menschen aufgrund von Zwangsrekrutierung in mächtige kriminelle Vereinigungen, bekannt als *Maras*, die Teile des Landes kontrollieren, besonders in städtischen, aber auch in ländlichen Gebieten. In vielen Fällen machen die *Maras* die Regierung quasi machtlos. Der Kampf um Gebiete zwischen den Banden schafft im ganzen Land unsichtbare Grenzlinien, die die Menschen nicht übertreten dürfen, auch wenn sich ihre Verwandten, die Arbeitsstelle oder Schule auf der anderen Seite befinden. Dies trifft vor allem die ärmsten und am stärksten marginalisierten Gruppen der Gesellschaft. Junge Menschen und Kinder sind mit der Perspektive konfrontiert, zwangsrekrutiert zu werden, und Frauen sind besonders von sexueller Ausbeutung gefährdet. Honduras, der Nachbarstaat von El Salvador, ist etwas größer, fast so groß wie der US-Staat Arizona oder der mexikanische Staat Durango. El Salvador, Honduras und Guatemala werden üblicherweise als das zentralamerikanische „nördliche Dreieck“ bezeichnet. Die Zahl der Asylanträge aus diesen Ländern stieg zwischen 2010 und 2015 weltweit um 555 %[16]. Seit einigen Jahren rangieren El Salvador und Honduras unter den weltweit tödlichsten Orten außerhalb von Konfliktzonen. Die Mordrate dort liegt um das Acht- bis Zehnfache über dem Wert, den die Weltgesundheitsorganisation als „Epidemie“ bezeichnet[17]. Morde und Todesfälle aus bewaffneten Konflikten werden üblicherweise getrennt erfasst. Legt man jedoch einen Maßstab an, der die Todesfälle und Morde eines bewaffneten Konflikts kombiniert, zeigt sich, dass El Salvador und Honduras in den Jahren 2012 und 2015 gefährlicher waren als bekannte Konfliktzonen wie beispielsweise Irak oder Afghanistan[18]. Guatemala erreicht zwar nicht die extremen Werte von Honduras und El Salvador[19], ist aber dennoch eines der Länder mit der höchsten

---

[14] Siehe z.B. Brookings Institute, *Why Undocumented Immigration from Latin America to the US will slow to a Crawl,* März 2017, einsehbar unter: https://www.brookings.edu/blog/brookings-now/2017/03/23/why-undocumented-immigration-from-latin-america-to-the-u-s-willslow-to-a-crawl-even-without-a-border-wall/. Zuletzt aufgerufen am 16. Mai 2017.
Siehe außerdem: Pew Research Centre, *More Mexicans Leaving than coming to the US,* Nov 19, 2015: http://www.pewhispanic.org/2015/11/19/more-mexicans-leaving-than-coming-to-the-u-s/, aufgerufen am 3.1 März 2017.

[15] Nach einer Datenbank der Weltbank hat El Salvador eine Fläche von 21.040 Quadratkilometern, siehe The World Bank, *Surface Area:* einsehbar unter: http://data.worldbank.org/indicator/AG.SRF.TOTL.K2. Nach Angaben der Erhebung der Vereinigten Staaten hat New Jersey eine Fläche von 22.591 Quadratkilometern. Siehe Statistiken des Statistischen Bundesamtes der Vereinigten Staaten (United States Census Bureau): https://www.census.gov/geo/reference/state-area.html

[16] Amnesty International, Home Sweet Home? Honduras, Guatemala and El Salvador´s role in a deepening refugee crisis, 14. Oktober 2016, AMR 01/4865/2016, einsehbar unter: https://www.amnesty.org/en/documents/amr01/4865/2016/en/

[17] Eine Mordrate, die höher als 10 pro 100.000 EinwohnerInnen liegt, wird von der Weltgesundheitsorganisation (World Health Organization - WHO) als ein epidemisches Ausmaß betrachtet. Siehe United Nations Development Programme (UNDP), Regional Human Development Report 2013-14: Citizen Security with a Human Face – Evidence and Proposals for Latin America, 2013, einsehbar unter: http://hdr.undp.org/sites/default/files/citizen_security_with_a_human_face_executivesummary.pdf, S.1. Zuletzt aufgerufen am 21. Mai 2017.
Die zweijährlichen Statistiken der Vereinten Nationen für 2017 sind noch nicht veröffentlicht, zwischenzeitlich hat jedoch die Regierung von Honduras von einer Mordrate von 62,88 für 2016 berichtet. Siehe Statistik des Ministeriums für öffentliche Sicherheit: https://www.sepol.hn/artisistem/images/sepol-images/files/cant%20homicidios.PNG (zuletzt aufgerufen am 21. Mai 2017). Auch wenn diese Mordrate, die von einer Regierungsquelle veröffentlicht wurde, einen leichten Rückgang im Vergleich zu früheren Jahren verzeichnet, ist sie immer noch eine der höchsten der Welt. Im Jahr 2015 erwiesen Statistiken der UN El Salvador als den tödlichsten Ort der Welt mit einer Mordrate von 108 Morden auf 100.000 EinwohnerInnen. Für 2016 berichtet die Regierung von El Salvador von einer Mordrate von 85,91, gemäß Angaben, die das Forensische Institut veröffentlicht hat, einsehbar unter: http://www.transparencia.oj.gob.sv/Filemaster/InformacionGeneral/documentacion/c-40/8142/HOMICIDIOS%20A%C3%91O%202016.pdf, Zuletzt aufgerufen am 21. Mai 2017

[18] David Cantor, “as deadly as armed conflict? Gang violence and forced displacement in the Northern Triangle of Central America,” Agenda Internacional, Año XXIII No 34, 2016, S. 82.

[19] Regierungsstatistiken des Instituto Nacional de Ciencias Forenses ergeben eine Mordrate für Guatemala im Jahr 2016 von 32,74 pro 100.000 EinwohnerInnen. http://www.Inacif.gob.gt/docs/estadisticas/annual/AnualM2016.pdf

Gewaltrate in Lateinamerika, und viele Asylanträge aus diesem Land haben komplexere Ursachen wie beispielsweise geschlechtsspezifische Gewalt.

Zum Gewaltproblem in diesen Ländern kommt hinzu, dass die Justiz dort extrem schwach ist. Dies bedeutet, dass die Regierungen es nicht schaffen, ihre eigenen Bürger zu schützen. Auf einem unabhängigen Index, der die Justiz von insgesamt 113 Ländern einordnet, befand sich Honduras im Jahr 2016 auf Platz 102 (auf demselben Platz wie Uganda), während Guatemala den 97. Platz belegte. El Salvador lag auf Platz 75 eines Index, der Faktoren wie Korruption, Zivil- und Strafrecht, öffentliche Ordnung und Sicherheit misst.[20]

GESCHICHTEN ÜBER DAS ÜBERLEBEN

Von den 113 Personen aus dem nördlichen Dreieck, die Amnesty International über ihre Gründe zur Migration berichtet haben, nannten 86 % akute Lebensbedrohung, direkte Angriffe oder Erpressung durch „Kriegssteuern“ von *Maras* in ihren Heimatländern.

Die Stadt zu durchqueren stellt ein Risiko dar. Zur Schule zu gehen stellt ein Risiko dar. Amnesty International traf einen Feuerwehrmann und seine Frau aus Honduras. Der Feuerwehrmann sagte, dass er bei seiner Einreise nach Mexiko immer noch seine Uniform trug, weil er das Land ohne jede Vorwarnung fluchtartig verlassen musste, nachdem eine Bande kam, um ihn zu töten. Ein junges Mädchen erzählte Amnesty International, dass die *Maras* Mädchen dafür bestrafen, dass sie bestimmte Kleidung tragen oder ihre Haare färben. *Maras* erpressen Lösegeld bei weiten Teilen der Bevölkerung und verschiedenen Geschäftszweigen, die als „Kriegssteuern“ bekannt sind. Eine Weigerung, dieses Geld zu bezahlen, stellt eine reelle Lebensbedrohung dar. Amnesty International fand heraus, dass direkte Drohungen ein alltägliches Phänomen sind.

27% der befragten 113 Personen erwähnten, dass in der jüngeren Vergangenheit ein Familienmitglied oder eine nahestehende Person ermordet wurde.

Beto*, ein Gemeindemitarbeiter in El Salvador, arbeitete in einem Rettungsteam vor Ort und sah, wie sein 14-jähriger Kollege vor seinen Augen erschossen wurde.

Die meisten der jungen Leute zwischen 13 und 20, mit denen Amnesty International sprach, waren Ziel von versuchten Zwangsrekrutierungen durch die *Maras*[21]. Dieses Phänomen betrifft oft junge Menschen.

Ein 23-Jähriger weinte, als er Amnesty International erzählte, dass er erst 13 Jahre alt war, als er gezwungen wurde, einer *Mara* in Honduras beizutreten. In diesem jungen Alter hatte er schon keine Eltern mehr und die Gang versprach: „Wir werden nun dein Vater sein“. Einige Jahre später floh er aus dem Land. Fast alle InterviewpartnerInnen, die Kinder zwischen 11 und 18 haben, waren einem hohen Risiko ausgesetzt, da sich ihre Kinder im „Rekrutierungsalter“ befinden.

© Ricardo Ramírez Arriola / Amnesty International

[20] World Justice Project, , *Rule of Law Index* 2016, einsehbar unter: https://worldjusticeproject.org/sites/default/files/documents/RoLI_Final-Digital_0.pdf

[21] Das UN Hochkommissariat für Flüchtlinge (United Nations High Commissioner for Refugees – UNHCR) beschreibt, dass “die Weigerung, den Forderungen einer Bande nachzukommen, und / oder Aktivitäten, die die Bande herausfordern oder ihr entgegenwirken, als Akt der Missachtung wahrgenommen werden und oft eine gewaltsame und / oder bestrafende Reaktion auslösen. Auch wenn gegen eine Person oder eine Familie schon einmal Vergeltung geübt wurde, nimmt die Schwere der Bedrohung mit der Zeit nicht ab.” *UNHCR Guidance Note Relating to Victims of Organized Gangs,* März 2010, einsehbar unter: http://www.unhcr.org/56fc266f4.pdf, S. 93 (Anhang).

Emilia* und José's Dilemma: "Mein Herz schlug bis zum Hals, wenn ich daran dachte, wie sie meinen kleinen Jungen versuchten zu rekrutieren."

Zwei Wochen nach der Wahl Donald Trumps zum Präsidenten der USA interviewte Amnesty International eine neunköpfige Familie aus El Salvador, die ein kleines beengtes Zimmer an der Grenze zwischen Mexiko und Guatemala bewohnte. Die 44-jährige Emilia arbeitete in einer Bäckerei und ihr Ehemann José* arbeitete als Busfahrer in San Salvador, der Hauptstadt El Salvadors. Gemeinsam hatten sie acht Kinder, von denen allerdings zwei unter fast identischen Umständen ums Leben kamen. Der erste Sohn arbeitete im Alter von 17 Jahren als Fahrkartenkontrolleur in einem Bus und wurde am helllichten Tag von *Mara*-Mitgliedern getötet, als er aus dem Bus stieg. Die *Mara* wollte sich damit an der Busgesellschaft dafür rächen, dass sie die „Kriegssteuer", die die Bande erhoben hatte, nicht bezahlt hatte. Emilia erzählte Amnesty International, wie sich fünf Jahre nach dem Tod ihres ältesten Sohnes die gleiche Geschichte noch einmal wiederholt hat. Ihr zweiter Sohn, auch Buskontrolleur, wurde im Juli 2014 getötet. Emilia erzählte Amnesty International, dass sie in Ohnmacht fiel, als sie hörte, dass ihr zweiter Sohn umgekommen war. 2015 beschloss Emilias Bruder, der 35 Jahre lang in Mexiko gelebt hatte, nach El Salvador zurückzukehren, um seine Schwester davon zu überzeugen, dass es an der Zeit sei, das Land zu verlassen und ihr dabei zu helfen. Emilia überredete ihren Bruder, noch ein paar Monate zu warten, so dass ihre Kinder noch das Schuljahr zu Ende bringen konnten. Zunächst widerwillig ließ Emilias Bruder sich darauf ein, verbrachte Weihnachten 2015 mit der Familie und fand auch bald eine vorübergehende Beschäftigung. Mitte des Jahres 2016 wurde eben dieser Bruder getötet. Der Grund war, dass die *Mara* ihn als Außenstehenden verdächtigte, mit einem ihrer Rivalen in Verbindung zu stehen. Emilia erzählte Amnesty International, wie ihr Bruder in ihren Armen starb. Die *Mara* erschoss ihn, als sie eines Tages gemeinsam von der Arbeit nach Hause gingen. Bei diesem Angriff versuchte die *Mara* auch Emilias Tochter zu töten. Sie scheiterten lediglich daran, dass das Magazin ihrer Waffe leer war (Emilias Zeugenaussage zufolge hielten sie ihr eine Pistole an den Kopf und versuchten zu schießen). Ihre Tochter war schon seit vielen Jahren in Gefahr und hatte Drohungen erhalten, da sie in einem anderen Stadtteil zur Schule ging, weswegen die *Mara* sie verdächtigte, mit ihrem Rivalen zu kollaborieren. Diese Schule war jedoch die einzige, die sich Familie sich leisten konnte. Nach dem Tod der beiden Söhne und des Bruders bedrohte die *Mara* die Familie weiterhin und versuchte, Emilias andere Söhne zu rekrutieren. Emilia, eine gläubige Christin, erzählte Amnesty International, dass sie der *Mara* auf deren Drohungen folgendes zur Antwort gab: **"Wir kennen das Wort Gottes und wir können keine böse Tat begehen."** Im April 2017 wurde Emilia und ihrer Familie internationaler Schutz in Mexiko zugesagt. Auf ihrer Flucht nach Mexiko kam ihr Enkelkind zur Welt.

© Amnesty International / Benjamín Alfaro Velázquez

"In meiner Nachbarschaft werden oft Leichen auf der Straße gefunden, Leute werden erschossen, ermordet. So viele Dinge. Selbst wenn ich wollte, ich kann nicht in mein Land zurück."

Camilo*, ein 17-jähriger Honduraner, der zur Zeit in den USA Asyl beantragt hat und von Amnesty International im Februar 2017 interviewt wurde.

© Amnesty International

Die Menschen, die vor der Gewalt in ihren Ländern fliehen, kommen nicht alle aus Zentralamerika. Amnesty International erhielt auch eine Reihe von Berichten von BewohnerInnen der mexikanischen Staaten Michoacán und Guerrero, die seit 2013 zur US-amerikanischen Grenze fliehen, offensichtlich vor Gewalt im Zusammenhang mit Drogen.[22] Weitere Berichte über Asylanträge kommen aus besonders von Gewalt geprägten Staaten an der nordmexikanischen Grenze wie beispielsweise Tamaulipas. Auch einige mexikanische Journalisten beantragten Asyl aufgrund von Verfolgung für ihre Berichterstattung. Im Mai 2016 wies ein Sonderbericht der mexikanischen nationalen Menschenrechtskommission auf mindestens 35.433 Opfer landesinterner Vertreibung hin. Grund dafür ist Gewalt durch Kämpfe zwischen Drogenkartellen und Regierungstruppen in Mexiko. Internationale Schätzungen wie die des Beobachtungszentrums für landesinterne Vertreibung (Internal Displacement Monitoring Centre) belaufen sich gar auf 287.000 landersintern vertriebene Menschen im Jahr 2015[23]. Seit 2011 haben jährlich zwischen 7.000 und 10.000 MexikanerInnen Asyl in den USA beantragt[24]. Viele Einwanderungsgerichte in den USA werden geneigt sein, MexikanerInnen kein Asyl zu gewähren[25] mit der Begründung, dass die Menschen in einem großen Land wie Mexiko die Möglichkeit haben, innerhalb des Landes den Wohnort zu wechseln, was gemeinhin als „Flucht innerhalb eines Landes" bezeichnet wird. Das Konzept der „Flucht innerhalb eines Landes" ist jedoch weder in der Genfer Flüchtlingskonvention (Abkommen über die Rechtsstellung der Flüchtlinge) aus dem Jahr 1951 noch im UN Übereinkommen gegen Folter enthalten, wenn es um die Definition geht, wer das Recht hat, vor einer erzwungenen Rückkehr geschützt zu werden. Die USA sind verpflichtet, jeden Fall, in dem MexikanerInnen angeben, vor Verfolgung zu fliehen, individuell zu überprüfen[26].

Amnesty International vertritt die Position, dass allein die Tatsache, dass in einem großen Teil eines Gebietes kein Risiko der Verfolgung besteht, nicht ausreicht, um zu postulieren, dass es eine landesinterne Schutzalternative gibt. Kein Flüchtling sollte in einen anderen Teil seines Ursprungslandes zurückkehren müssen, es sei denn, die Überprüfung im Einzelfall ergibt, dass die Menschenrechtssituation dort stabil ist und dass die Person dort reell und effektiv geschützt werden kann. Jegliche Politik oder Praxis, die eine bestimmte Kategorie von Asylanträgen mit der allgemeinen Annahme ablehnt, dass dort der Schutz für Personen dieser Kategorie gewährleistet sei, verletzt den Grundsatz der Nicht-Zurückweisung. Die Einzelperson muss auch gegen indirekte Abschiebung in ein Gebiet geschützt werden, wo sie eventuell verfolgt wird. Wenn irgendeines dieser Kriterien nicht erfüllt ist, gibt es keine „Flucht innerhalb eines Landes" als Alternative.

MYTHOS: MIGRATIONSBESCHRÄNKUNG BEDEUTET VERBRECHENSBEKÄMPFUNG

„Genau an dieser Stelle versuchen kriminelle Ausländer, Schlepper und Dokumentenfälscher unser gesetzlich geregeltes Einwanderungssystem zu unterlaufen … gegen diesen Abschaum setzen wir uns als erstes zur Wehr."

US Generalstaatsanwalt Jeff Sessions, stenographierte Version seiner Rede an der US- mexikanischen Grenze in Arizona am 11. April 2017.[27]

Präsident Trump und Mitglieder seines Kabinetts haben Maßnahmen zur Eindämmung der Flut an Kriminellen, die in die USA einreisen, und zur Bekämpfung von Menschenhandel und anderen kriminellen Aktivitäten gefordert. Kommentare dieser Art setzen MigrantInnen ohne behördliche Aufenthaltserlaubnis mit Kriminellen gleich. Dies widerspricht den realen Gegebenheiten ebenso wie dem internationalen Recht.

REALITÄT: MIGRANTINNEN SIND NICHT KRIMINELL

"Asyl zu beantragen ist kein Verbrechen, ebensowenig wie die Einreise ohne behördliche Genehmigung."

UN Hochkommissar für Menschenrechte, Zeid Ra'ad Al Hussein, 2015.[28]

Es ist weder nach internationalem noch nach US-amerikanischem Recht ein Verbrechen, sich ohne behördliche Erlaubnis in den USA aufzuhalten. Das US-Recht bezeichnet dies als zivilrechtliches, nicht als strafrechtliches Vergehen. Dessen ungeachtet legt die Politik neuerdings einen Schwerpunkt darauf, die so genannte „illegale Einreise" und „illegale Wiedereinreise" mit Sanktionen gegenüber ImmigrantInnen, die keine Dokumente besitzen, strafrechtlich zu verfolgen, anstatt zivilrechtliche Mechanismen zu nutzen, die das Gesetz bietet, wenn jemand ohne Genehmigung ins Land einreist.[29] Der UN-Sonderberichterstatter für Menschenrechte von MigrantInnen und andere kritisierten[30] diejenigen Staaten, die MigrantInnen wie Verbrecher behandeln, und forderten, dass MigrantInnen ohne behördliche Genehmigung zu keinem Zeitpunkt kriminalisiert werden dürfen. Leider verwenden führende Politiker immer wieder irreführende und stigmatisierende Begriffe wie „kriminelle Ausländer", die es im US-Recht gar nicht gibt. Gemäß der UN Flüchtlingskonvention und ihrem Protokoll aus dem Jahr 1967 dürfen Staaten keine Strafen für Asylsuchende verhängen.[31]

Leider haben US-Präsident Trump und viele hochrangige MitarbeiterInnen sich einer hasserfüllten Rhetorik gegenüber MigrantInnen ohne behördliche Genehmigung und Asylsuchenden bedient, seit sie im Amt sind. Insbesondere Präsident Trump und Generalstaatsanwalt Jeff Sessions haben fälschlicherweise MigrantInnen ohne behördliche Genehmigung und Asylsuchende mit mächtigen Maras wie beispielsweise der MS13 gleichgesetzt. MigrantInnen ohne behördliche Genehmigung und Asylsuchende verlassen ihre Heimatländer wie Honduras, Guatemala und El Salvador, weil sie keine andere Wahl haben. Wie oben dargestellt, befinden sich diese Länder im Würgegriff von Banden wie der MS13, die sich im Dauerkampf um Gebietskontrolle mit anderen Banden befinden. Es ist falsch und verantwortungslos, wenn US-Politiker verzweifelte Asylsuchende gleichsetzen mit hochkriminellen Banden, deren Gewalthandlungen unschuldige BürgerInnen zur Flucht zwingen. Die MS13 ist eine transnationale Organisation, die in den 80er Jahren in Los Angeles gegründet wurde. Es gibt ausreichend Beweise dafür, dass es eben gerade die Abschiebepraxis der USA war, durch die dieses kriminelle Netzwerk in El Salvador und Honduras entstehen konnte, ebenso wie das Fehlen von angemessenen Kontrollmechanismen durch die Regierungen dieser Länder.[32] Die Aktivitäten der *Maras* verstärkten sich mit der Rückführung von Bandenmitgliedern aus den USA und

---

[27] Siehe stenographierte Version der Rede von Generalstaatsanwalt Jeff Sessions am 11. April 2017, Website des Justizministeriums: https://www.justice.gov/opa/speech/attorney-general-jeff-sessions-delivers-remarks-announcing-department-justice-s-renewed. Aufgerufen am 25. April 2017

[28] Stellungnahme des UN Hochkommissars für Menschenrechte Zeid Ra'ad Al Hussein, 17. September 2015, http://www.ohchr.org/EN/NewsEvents/Pages/DisplayNews.aspx?NewsID=16449&LangID=E, aufgerufen am 31. März 2017

[29] Siehe United States Code sections 1325 und 1326. Weitere Informationen in American Civil Liberties Union (ACLU): *Issue Brief: Criminalizing Undocumented Immigrants*, Februar 2010.

[30] United Nations Human Rights Council, Report of the Special Rapporteur on the human rights of migrants, François Crépeau, 2. April 2012, A/HRC/20/24, Absatz 13

[31] 1951 UN Convention on Refugees, Article 31. Der vollständige Text der Flüchtlingskonvention ist einzusehen unter: http://www.unhcr.org/3b66c2aa10

[32] Marc R. Rosenblum and Daniel J. Tichenor (eds) The Oxford Handbook of the Politics of International Migration, Oxford University Press, 2012. Seite 520 stellt fest, dass die Einwanderungspolitik der USA eine Rolle bei der Entstehung der Maras in Zentralamerika in den 90er Jahren spielte.

dem Einfluss der mexikanischen Drogenkartelle in dieser Region. Die US-Regierung erklärte die MS13 zum internationalen Ziel für ihre nationale Strategie zur Bekämpfung des transnationalen Verbrechens. Dabei erkennt sie durchaus an, dass die Organisation den lateinamerikanischen BürgerInnen großen Schaden zufügt.[33]

MYTHOS: IMMIGRANTINNEN SIND EINE GEFAHR FÜR DIE BÜRGERINNEN

REALITÄT: IMMIGRANTINNEN BEGEHEN WENIGER VERBRECHEN ALS EINHEIMISCHE

ES GIBT ÜBERZEUGENDE BEWEISE DAFÜR, DASS IMMIGRATION KEINE KORRELATION ZU ERHÖHTEN KRIMINALITÄTSRATEN AUFWEIST[34] – IM GEGENTEIL STEHT IMMIGRATION IN BEZUG ZU NIEDRIGEN VERBRECHENSRATEN

© Hans Maximo Musielik / Amnesty International

33. US Department of Treasury, Presseerklärung: *Treasury Sanctions Latin American Criminal Organization*, 11. Oktober 2012, https://www.treasury.gov/press-center/press-releases/Pages/tg1733.aspx, aufgerufen am 25. April 2017

34. Robert J. Sampson, Jeffrey D. Morenoff and Stephen Raudenbush, *Social Anatomy of Racial and Ethnic Disparities in Violence*, American Journal of Public Health (2005);
Ramiro Martinez, Jr., Matthew T. Lee, and A.L. Nielsen, *Segmented Assimilation, Local Context and Determinants of Drug Violence in Miami and San Diego: Does Ethnicity and Immigration Matter*, International Migration Review (March 2004).
2Ruben G. Rumbaut and Walter A. Ewing, *The Myth of Immigrant Criminality and the Paradox of Assimilation: Incarceration Rates Among Native and Foreign-Born Men*, Immigration Policy Center Special Report (Spring 2007).
Stuart Anderson: *Immigrants and Crime, Perception versus reality.* Juni 2010, Cato Institute, verfügbar unter: https://object.cato.org/sites/cato.org/files/pubs/pdf/irb_june2010.pdf: Dieser Artikel bezieht sich auf eine Reihe von öffentlichen Daten wie z.B. Daten der US Volkszählung und des Justizministeriums. Erhebungen haben gezeigt, dass Städte, deren Einwanderungszahlen stiegen, gleichzeitig eine drastische Senkung der Verbrechensraten verzeichneten.

© Amnesty International

3. TÖDLICHE MAUERN

3.1 ZÄUNE UND MAUERN KOSTEN MENSCHENLEBEN

Amnesty International hat viele Jahre lang Bemühungen von Ländern in der ganzen Welt dokumentiert, physische feste Barrieren zu errichten, um zu verhindern, dass Menschen ihre Grenzen überschreiten. Die Ermittlungen der Organisation haben gezeigt, dass es solche Hindernisse nicht geschafft haben, Menschen davon abzuhalten, Schutz vor Gewalt zu suchen. Stattdessen haben sie die Schaffung von neuen Migrationswegen provoziert, die unendlich tödlicher waren und tausende von Menschenleben gekostet haben. Zu den Beispielen gehört die zunehmend harte Vorgehensweise der spanischen Regierung, um die Einwanderung nach Europa von Afrika über ihre spanischen Enklaven Ceuta und Melilain Marokko mittels des Baus eines Zauns in den 1990ern um diese Gebiete herum zu blockieren. Dieser Zaun erhielt im Jahr 2002 ein zusätzliches Überwachungssystem und wurde im Jahr 2005 mit Stacheldraht[35] erhöht.

Gemäß Frontex, der europäischen Agentur für das Management von Grenzoperationen innerhalb der Europäischen Union, waren die Zaunverbesserungen im Mai 2014, die es für Flüchtlinge und MigrantInnen noch schwieriger machten über den Zaun zu springen, der Hauptgrund dafür, dass viele von ihnen ab 2014 begannen, die berüchtigten und tödlichen Seewege nach Europa zu benutzen.[36]

Die Entscheidung der griechischen Regierung im Jahr 2012, einen 10 km langen Zaun entlang der Region Evros an der Grenze zur Türkei zu bauen, hinderte viele Menschen an der Einreise, was bedeutete, dass sich mehr und mehr MigrantInnen und Flüchtlinge für den gefährliche Seeweg zu den griechischen Inseln entschieden.[37] Beginnend im Jahr 2013 stieg die Anzahl von Flüchtlingen über die Mittelmeerroute sprunghaft von tausenden auf hunderttausende im Jahr 2015. Gemäß dem UN-Hochkommissariat für Flüchtlinge (UNHCR) kamen 84 % von ihnen aus Syrien, Afghanistan, dem Irak sowie anderen Ländern, die viele Flüchtlinge produzieren.[38]

Dem Beispiel von Griechenland folgend kündigte die ungarische Regierung 2015 an, dass sie mit dem Bau von Zäunen entlang ihrer Grenzen mit Kroatien und Serbien beginnen werde, und führte diesen Plan dann durch. Es gibt keine Beweise dafür, dass diese Maßnahmen Menschen erfolgreich daran hinderten, ihre Länder zu verlassen, um nach Europa einzureisen.[39]

Die von Präsident Trump vorgeschlagene Grenzmauer droht, noch mehr Menschenleben in Gefahr zu bringen. Zusätzlich stellte ein neuer Bericht des Washingtoner Büros für Lateinamerika (Washington Office on Latin America – WOLA) Schätzungen zusammen, gemäß denen die Mauer zwischen 8 und 66,9 Milliarden US-Dollar kosten könnte. Der Bericht zeigt auch, dass die Mauer weitgehend ineffektiv sein wird, um die Einfuhr von illegalen Drogen in die USA einzudämmen, weil damit zu rechnen ist, dass bis zu 70 % der illegalen Drogen, die eingeschmuggelt werden, über die Grenzstationen kommen und nicht über die offenen Grenzen wie in der Sonora-Wüste.[40]

35 Amnesty International, Fear and Fences: Europe's Approach to Keeping Refugees at bay.12. November 2015, EUR 03/2544/2015, Einsehbar unter: **https://www.amnesty.org/es/documents/eur03/2544/2015/en/**

36 Frontex, Annual Risk Analysis - 2015 – April 2015, einsehbar unter: **http://frontex.europa.eu/assets/Publications/Risk_Analysis/Annual_Risk_Analysis_2015.pdf** (aufgerufen am 1. April 2017). Seite 24 bezieht sich auf den Ausbau des Zauns, was zu einer zunehmenden Zahl von Ankünften über den Seeweg führte.

37 Amnesty International, Fear and Fences, op cit, Seite 49

38 UNHCR, Global Trends Forced Displacement in 2015, einsehbar unter: **http://www.unhcr.org/576408cd7.pdf**, Seite 32

39 Amnesty International, Fear and Fences, op cit, Seite 77. Siehe auch Amnesty International, 2015, und: Amnesty International: Fenced Out: Hungary´s violations of the rights of refugees, 2015: EUR27261420

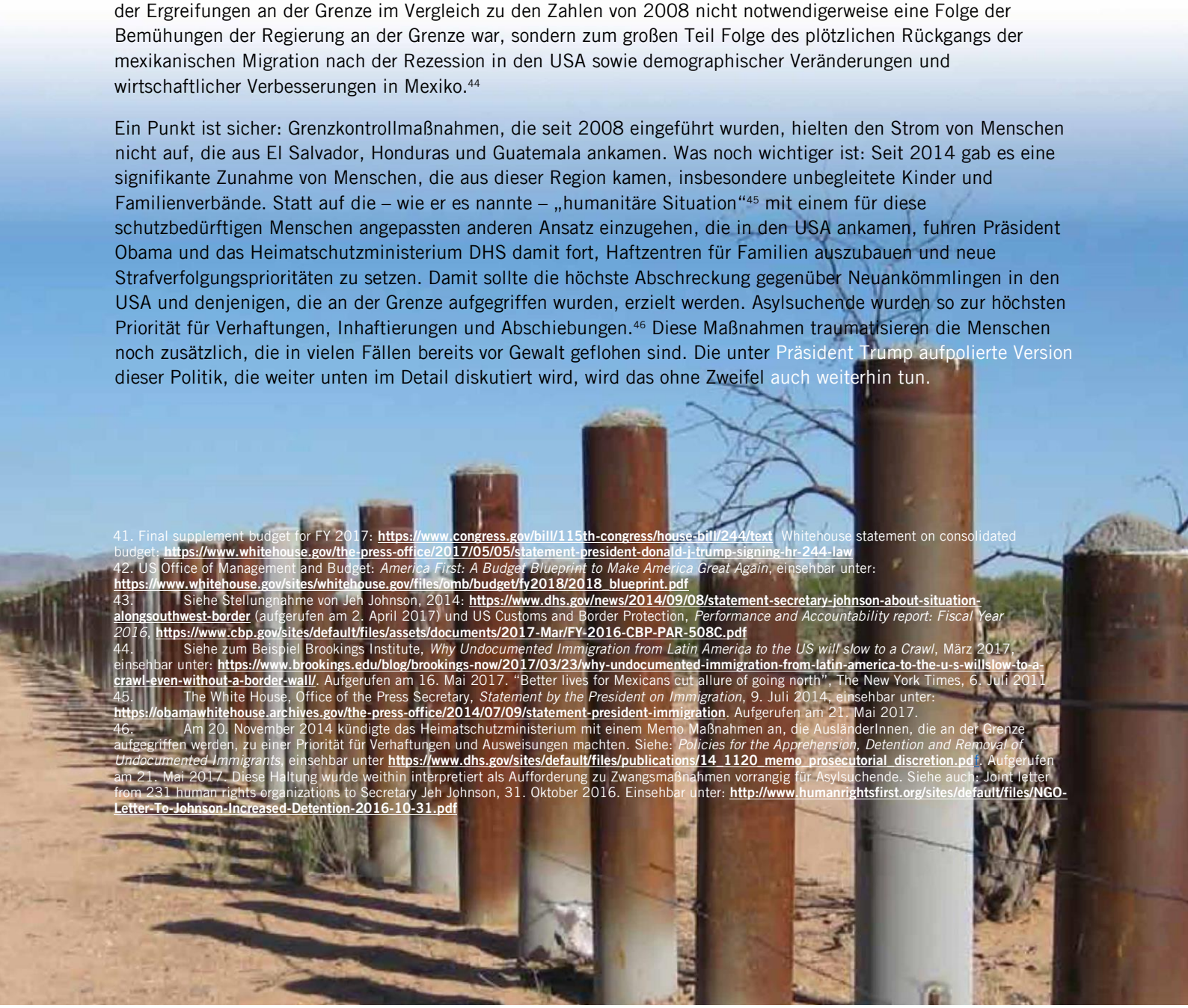
40 Adam Isacson, Washington Office on Latin America (WOLA): Throwing Money at the Wall: An Overview of the Trump Administration´s Border Wall Funding Requests, 31 March 2017, **https://www.wola.org/analysis/throwing-money-wall-overview-trump-administrations-border-wall-funding-requests/** (aufgerufen am 1. April 2017)

Am 28. April 2017 hat der US-Kongress den von Präsident Trump vorgeschlagenen 999 Millionen Dollar-Etat für den Bau der Mauer effektiv blockiert, der in seinem Antrag vom 16. März für das restliche Jahr 2017 enthalten war.[41] Im offiziellen Etatentwurf für das Rechnungsjahr 2018, der am 18. März[42] eingereicht wurde, hat der Präsident 2,6 Milliarden Dollar gefordert, um Geld für den Bau der Mauer zu haben. Entsprechend den Zeitvorgaben des Kongresses muss der Etat für das Rechnungsjahr 2018 (das am 1. Oktober 2017 beginnt) im September 2017 vom Kongress genehmigt werden. Es ist wichtig zu berücksichtigen, dass der Etat des Präsidenten für das Rechnungsjahr 2018 nicht nur Mittel für die Mauer, sondern auch für ein sehr intensiviertes Programm für die Grenzkontrolle und für Einwanderungshaftzentren enthält, welches weiter unten detailierter analysiert wird.

3.2 JENSEITS VON MAUERN: ANDERE RECHTLICHE MASSNAHMEN

Die Grenzkontrollmaßnahmen, die von Präsident Trump vorgeschlagen wurden, intensivieren eine vorhandene Strafverfolgungs- und Abschreckungsstrategie, die bereits Mitte der 1990er Jahre begann und in unterschiedlichem Maße während der Regierungen von George W. Bush und Barack Obama andauerte. Von 2008 bis 2016 erhöhte die Obama-Regierung die Zahl von Beamten in den Grenzpatrouillen von 15.000 auf 23.861.[43] Die Grenzsicherheitsverordnung von Präsident Trump sieht vor, die Belegschaft um weitere 5.000 zu erhöhen. Die Grenzkontrollmaßnahmen, die von der Obama-Regierung von 2008 bis 2016 eingeführt wurden, waren begleitet von einem anfänglichen Rückgang der Anzahl der Menschen, die an der Grenze aufgegriffen wurden, mit Ausnahme einer geringen Zunahme von 2013 bis 2016. Aber Beweismaterial zeigt, dass die allgemeine Reduktion der Ergreifungen an der Grenze im Vergleich zu den Zahlen von 2008 nicht notwendigerweise eine Folge der Bemühungen der Regierung an der Grenze war, sondern zum großen Teil Folge des plötzlichen Rückgangs der mexikanischen Migration nach der Rezession in den USA sowie demographischer Veränderungen und wirtschaftlicher Verbesserungen in Mexiko.[44]

Ein Punkt ist sicher: Grenzkontrollmaßnahmen, die seit 2008 eingeführt wurden, hielten den Strom von Menschen nicht auf, die aus El Salvador, Honduras und Guatemala ankamen. Was noch wichtiger ist: Seit 2014 gab es eine signifikante Zunahme von Menschen, die aus dieser Region kamen, insbesondere unbegleitete Kinder und Familienverbände. Statt auf die – wie er es nannte – „humanitäre Situation"[45] mit einem für diese schutzbedürftigen Menschen angepassten anderen Ansatz einzugehen, die in den USA ankamen, fuhren Präsident Obama und das Heimatschutzministerium DHS damit fort, Haftzentren für Familien auszubauen und neue Strafverfolgungsprioritäten zu setzen. Damit sollte die höchste Abschreckung gegenüber Neuankömmlingen in den USA und denjenigen, die an der Grenze aufgegriffen wurden, erzielt werden. Asylsuchende wurden so zur höchsten Priorität für Verhaftungen, Inhaftierungen und Abschiebungen.[46] Diese Maßnahmen traumatisieren die Menschen noch zusätzlich, die in vielen Fällen bereits vor Gewalt geflohen sind. Die unter Präsident Trump aufpolierte Version dieser Politik, die weiter unten im Detail diskutiert wird, wird das ohne Zweifel auch weiterhin tun.



Border fence across the Tohono O'odham Nation, Arizona. © Amnesty International

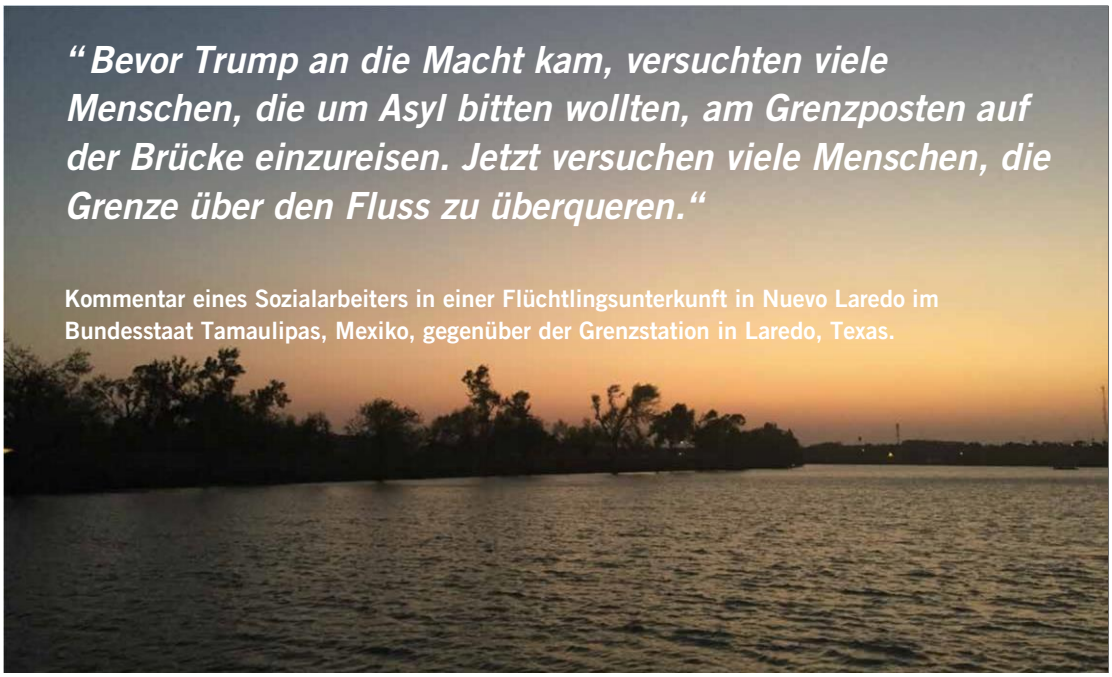
41. Final supplement budget for FY 2017: **https://www.congress.gov/bill/115th-congress/house-bill/244/text**. Whitehouse statement on consolidated budget: **https://www.whitehouse.gov/the-press-office/2017/05/05/statement-president-donald-j-trump-signing-hr-244-law**
42. US Office of Management and Budget: *America First: A Budget Blueprint to Make America Great Again*, einsehbar unter: **https://www.whitehouse.gov/sites/whitehouse.gov/files/omb/budget/fy2018/2018_blueprint.pdf**
43. Siehe Stellungnahme von Jeh Johnson, 2014: **https://www.dhs.gov/news/2014/09/08/statement-secretary-johnson-about-situation-alongsouthwest-border** (aufgerufen am 2. April 2017) und US Customs and Border Protection, *Performance and Accountability report: Fiscal Year 2016*, **https://www.cbp.gov/sites/default/files/assets/documents/2017-Mar/FY-2016-CBP-PAR-508C.pdf**
44. Siehe zum Beispiel Brookings Institute, *Why Undocumented Immigration from Latin America to the US will slow to a Crawl*, März 2017, einsehbar unter: **https://www.brookings.edu/blog/brookings-now/2017/03/23/why-undocumented-immigration-from-latin-america-to-the-u-s-willslow-to-a-crawl-even-without-a-border-wall/**. Aufgerufen am 16. Mai 2017. "Better lives for Mexicans cut allure of going north", The New York Times, 6. Juli 2011
45. The White House, Office of the Press Secretary, *Statement by the President on Immigration*, 9. Juli 2014, einsehbar unter: **https://obamawhitehouse.archives.gov/the-press-office/2014/07/09/statement-president-immigration**. Aufgerufen am 21. Mai 2017.
46. Am 20. November 2014 kündigte das Heimatschutzministerium mit einem Memo Maßnahmen an, die AusländerInnen, die an der Grenze aufgegriffen werden, zu einer Priorität für Verhaftungen und Ausweisungen machten. Siehe: *Policies for the Apprehension, Detention and Removal of Undocumented Immigrants*, einsehbar unter **https://www.dhs.gov/sites/default/files/publications/14_1120_memo_prosecutorial_discretion.pdf**. Aufgerufen am 21. Mai 2017. Diese Haltung wurde weithin interpretiert als Aufforderung zu Zwangsmaßnahmen vorrangig für Asylsuchende. Siehe auch: Joint letter from 231 human rights organizations to Secretary Jeh Johnson, 31. Oktober 2016. Einsehbar unter: **http://www.humanrightsfirst.org/sites/default/files/NGO-Letter-To-Johnson-Increased-Detention-2016-10-31.pdf**

"Ich ließ alles zurück. Meine Gemeinde liebte mich. In diesem Jahr wollte ich die Schule abschließen und in meiner Gemeinde mitwirken. Das war mein Traum."

Eine 34-jährige Frau aus El Salvador, die gezwungen war, zusammen mit ihren vier Söhnen aus ihrer ländlichen Gemeinde zu fliehen, nachdem die *Maras* ihren Sohn und ihren Mann geschlagen, ihr Haus geplündert und gedroht hatten, sie zu töten.

Amnesty International

Tatsächlich haben offizielle Bewertungen der auf Abschreckung basierenden Grenzoperationen seit 1994 durch die Regierung ergeben, dass sie die Migration nicht reduzieren konnten, sondern vielmehr in neue Regionen und auf viel schwierigere Routen verlagerten.[47] Zusätzlich haben diese Maßnahmen - wie allgemein angenommen wird - eine Zunahme des Schleuserwesens provoziert.[48] Besonders aussagekräftig sind Angaben von früheren hochrangigen Einwanderungsbeamten, die öffentlich davon sprachen, dass solche Operationen zu mehr unerwünschten als beabsichtigten Konsequenzen führten. Dazu gehörten z.B. die Ausdehnung des Schleuserwesens und höhere Zahlen von MigrantInnen ohne behördliche Aufenthaltsgenehmigung, die permanent oder über längere Zeitspannen in den USA bleiben, sowie auch eine Zunahme von Todesfällen.[49]



Der Río Grande in Reynosa, Tamaulipas, der die USA von Mexiko trennt. © Amnesty International

---

[47] US General Accounting Office, *Illegal Immigration: Status of Southwest Border Strategy Implementation*: Mai 1999, Seiten 17-21, einsehbar unter: http://www.gao.gov/archive/1999/gg99044.pdf

[48] W Cornelius, *Death at the Border: The efficacy and "unintended" consequences of US Immigration Control Policy 1993 – 2000*, The Center for Comparative Immigration Studies, University of California, San Diego, Dezember 2001

[49] Doris Meissner, ehemalige Beauftragte für Einwanderung und Einbürgerung und verantwortlich für die Einhaltung der Operation Gatekeeper und des Planes 1994: siehe M. Cooper "On the Border of Hypocrisy: The unintended consequences of getting touch on illegal immigration", *LA Weekly*, 4. Dezember 2003, einsehbar unter http://www.laweekly.com/2003-12-04/news/on-the-border-of-hypocrisy/. Siehe auch W Cornelius, ibid

Die „neue Trump-Ära“[50] scheint in vielfältiger Weise dieselbe verfehlte Strategie anzuwenden, die sich schon als kontraproduktiv erwiesen hat. Der Heimatschutzminister John Kelly hat kürzlich verkündet, dass die Festnahmen von MigrantInnen ohne behördliche Aufenthaltsgenehmigung an der Grenze zwischen den USA und Mexiko um 40 % abgenommen haben, seit Donald Trump im November 2016 zum Präsidenten gewählt worden ist.[51] Was die Stellungnahme von Minister Kelly versäumt anzuerkennen ist, dass es einen starken Anstieg in der Zahl von Familienverbänden und unbegleiteten Kindern gab, die aus dem Nördlichen Dreieck im November und Dezember 2016 ankamen.[52] In der Tat, während die Zahlen ab Februar 2017 einen allgemeinen linearen Rückgang von Ergreifungen auch von unbegleiteten Kindern und Familien zeigen, darf das nicht von der Tatsache ablenken, dass bis zu diesem Zeitpunkt die Ankunftszahlen dieser Gruppen ständig gestiegen waren und dass im Jahr 2016 ein historisches Niveau in der Ankunft von Familienverbänden erreicht wurde. Während sie im Februar und März 2017 entlang der Grenze zwischen den USA und Mexiko reisten, trafen die ResearcherInnen von Amnesty International nur sehr wenige unbegleitete Kinder oder Familienverbände, die sich in den Flüchtlingsunterkünften entlang der üblichen Routen für die Einreise in die USA aufhielten. Es ist zu früh, um auf eindeutige Ursachen für diese Veränderungen der Reiserouten hinzuweisen, aber eine Möglichkeit ist, dass unbegleitete Kinder und Familien auf andere geheimere Wege gezwungen worden sein könnten, die unendlich gefährlicher sind und stärker von kriminellen Netzwerken kontrolliert werden. Experten haben festgestellt, dass die Zahlen jedes Mal fallen, wenn die Regierung neue Einwanderungsmaßnahmen durchsetzt, nur um dann in manchen Fällen auf weit höhere als zuvor zu schnellen. [53]

“Ich habe die statistischen Angaben über die Zahlen von einreisenden Kindern ansteigen sehen, aber ich frage mich, wo sie alle hingegangen sind?”

Kommentar eines Rechtsanwalts, der an Fällen von Kindern arbeitet, die in Arizona im Gewahrsam sind, zur anfänglichen Welle von ankommenden unbegleiteten Kindern, nachdem Donald Trump zum Präsidenten gewählt worden ist.

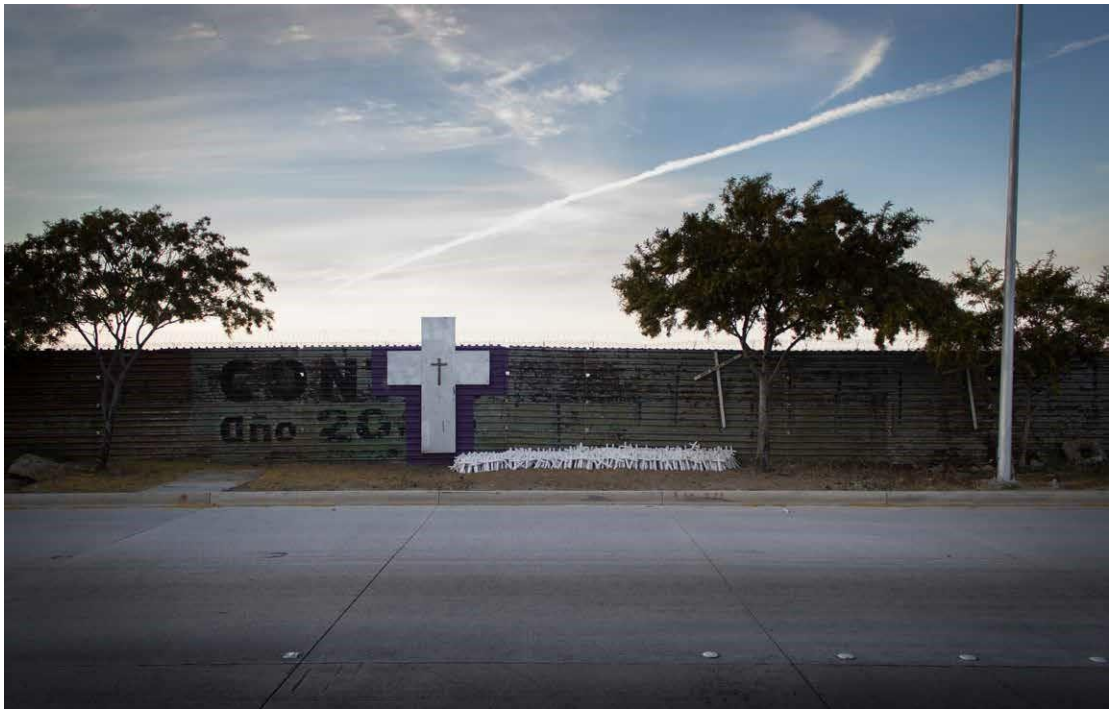
Seit November 2016 ist der Preis für Menschenschmuggel über die Grenze zwischen den USA und Mexiko nach offiziellen Schätzungen beachtlich gestiegen.[54] Diejenigen, die mit Amnesty International über dieses Thema sprachen, wiederholten diese Feststellung bei zahllosen Gelegenheiten und führten dazu aus, dass sich der Preis für die Reise aus dem Nördlichen Dreieck von Mittelamerika verdoppelt hat, seit Trump an die Macht gekommen ist. Unglücklicherweise werden für Menschen, die vor Gewalt und Verfolgung fliehen, Preiserhöhungen wenig abschreckend wirken. Die schutzbedürftigsten Menschen, wie Kinder und Familien, dürften keine andere Wahl haben, als sich auf diese kriminellen Netzwerke zu verlassen und sich dadurch dem großen Risiko auszusetzen, auf der Reise in die USA erpresst oder vergewaltigt zu werden. Laut Artikel 5 des UN-Protokolls gegen die Schleusung von MigrantInnen (Zusatz zum Übereinkommen der Vereinten Nationen gegen die grenzüberschreitende organisierte Kriminalität, ratifiziert von den USA im Jahr 2005) [UN Protocol against the Smuggling of Migrants by Land, Sea and Air (Supplementary to the UN Convention against Transnational Organized Crime)] dürfen MigrantInnen nicht dafür haftbar gemacht werden, wenn sie Opfer von Menschenhandel geworden sind.[55] In diesem Sinne verstoßen die Pläne des Heimatschutzministeriums laut der Grenzsicherheits-Verordnung[56], die die Abschiebung oder Strafverfolgung von Eltern zulassen, die Schleuser dafür bezahlen, dass sie ihre Kinder in die USA bringen, gegen internationales Recht. Darüber hinaus haben Nachweise wiederholt gezeigt, dass kompromisslose Grenzkontrollmaßnahmen dazu neigen, kriminelle Schleusernetzwerke zu stärken statt sie zu schwächen, indem sie deren finanzielle Ressourcen stärken und ihre Kontrolle über alternative Wege verbessern. Jeder Schluss, der den Rückgang von Ergreifungen als ein Zeichen interpretiert, dass sich der Gesamtmigrationsstrom verringert, wäre vorschnell und lässt andere Möglichkeiten außer Betracht, z.B. dass Asylsuchenden die Einreise durch Grenzbeamte verweigert wird (wie es im folgenden Kapitel beschrieben wird)

---

[50] Siehe stenographierte Version der Rede von Generalstaatsanwalt Jeff Sessions, 11. April 2017, op cit.
[51] Department of Homeland Security, Stellungnahme des Heimatschutzministers John Kelly, 8. März 2017, einsehbar unter: https://www.dhs.gov/news/2017/03/08/statement-secretary-homeland-security-john-kelly-southwest-border-security, aufgerufen am 18. Mai 2017
[52] U.S. Border Patrol Apprehensions FY2017 YTD (1. Oktober – 30. April), einsehbar unter: https://www.cbp.gov/newsroom/stats/sw-bordermigration
[53] Siehe Zitat von Faye Hipsman, Politikwissenschaftlerin beim Policy Institute, einer unparteilichen Expertenkommission in Washington, D.C., einsehbar unter http://www.latimes.com/nation/la-na-border-apprehensions-20170309-story.html
[54] OP Cit, Note 51
[55] Siehe United Nations Office on Drugs and Organized Crime, United Nations Convention Against Transnational Organized Crime und die Protokolle dazu, (General Assembly Resolution 55/25 vom 15. November 2000, ratified by the United States), einsehbar unter: https://www.unodc.org/documents/middleeastandnorthafrica/organised-crime/UNITED_NATIONS_CONVENTION_AGAINST_TRANSNATIONAL_ORGANIZED_CRIME_AND_THE_PROTOCOLS_THERETO.pdf
[56] Siehe Department of Homeland Security: Implementing Memo on the President´s Border Security Enforcement Policies – February 21, https://www.dhs.gov/sites/default/files/publications/17_0220_S1_Implementing-the-Presidents-Border-Security-Immigration-EnforcementImprovement-Policies.pdf

oder indem neue und gefährlichere Routen genutzt werden. Die Grenzsicherheitsverordnung wird vor allem schutzbedürftige Gruppen unverhältnismäßig beeinträchtigen. Bisher sind im Rechnungsjahr 2017 in 43 % der Ergreifungen an der Grenze zwischen den USA und Mexiko unbegleitete Kinder und Familienverbände betroffen, was die höchste Zahl von Ergreifungen von Kindern und Familien seit dem Rechnungsjahr 2013 insgesamt darstellt.[57]

Als Beispiel: Die Todesfälle von MigrantInnen, die seit der Wahl von Trump zum Präsidenten im Pima County in der Wüste von Arizona registriert worden sind, d.h. zwischen November 2016 und April 2017, haben sich gegenüber dem gleichen Zeitraum ein Jahr vorher fast verdoppelt.[58]



Mexikanische Grenze in Tijuana © Sergio Ortiz Borbolla

[57] Auswertung von offiziellen Statistiken durch Amnesty International, einsehbar unter: https://www.cbp.gov/newsroom/stats/sw-bordermigration und: https://www.cbp.gov/sites/default/files/assets/documents/2017-Jan/BP%20Southwest%20Border%20Family%20Units%20and%20UAC%20Apps%20-%20Jan%2017.pdf. Angaben von Amnesty International aufgerufen und analysiert.

[58] Zwischen November 2016 und April 2017 waren es 71 Todesfälle, im Gegensatz zu 43 registrierten Todesfällen zwischen November 2015 und April 2016: Arizona OpenGIS Initiative for Deceased Migrants. Diese Website ist das Ergebnis einer andauernden Partnerschaft zwischen dem Pima County Office of the Medical Examiner oder Pima County OME und der Humane Borders, Inc. Die Information steht zur Verfügung unter: http://humaneborders.info/

4. DIE VERLETZUNG INTERNATIONALEN RECHTS

4.1 DIE VERLETZUNG DES PRINZIPS DER NICHT-ZURÜCKWEISUNG: ABWEISUNGEN AN DER GRENZE

Zahlreiche Rechtsanwälte, Nichtregierungsorganisationen, MigrantInnen und MenschenrechtsverteidigerInnen haben Amnesty International mitgeteilt, dass die US-Zoll- und Grenzschutzbeamten (CBP) die Einreise von Asylsuchenden an den Grenzübergängen entlang der Grenze zwischen Mexiko und den USA verweigert haben. Auch wenn diese Abweisungen keine generelle Gepflogenheit sind, zeigt Beweismaterial, dass sie sicherlich nicht ungewöhnlich sind. Diese Praktiken sind rechtswidrig. Nach dem Völkerrecht verstößt die Abweisung von Asylsuchenden an der Grenze direkt gegen das Prinzip der Nichtzurückweisung, das für die USA als Mitunterzeichner des Protokolls von 1967 zur Genfer Flüchtlingskonvention von 1951 und als international anerkannter Rechtsgrundsatz verbindlich ist. Das in Artikel 33 der Flüchtlingskonvention enthaltene Nichtzurückweisungsprinzip sieht vor, dass die Staaten niemanden in Gebiete zurückschicken dürfen, in denen „ihr Leben oder ihre Freiheit" bedroht wäre.[59] Dieses Prinzip ist der Eckpfeiler des internationalen Flüchtlingsrecht und gilt als vollkommen unabänderlich durch einzelne Staaten. Ein Gutachten über die Auslegung des Übereinkommens durch den UNHCR[60] hält fest, dass dieser Grundsatz bei der Verweigerung der Einreise an der Grenze[61] verletzt wird und nicht nur für die Rückkehr in Herkunftsländer gilt, sondern auch an „jeden anderen Ort", an dem ein Mensch Grund hat, um sein Leben zu fürchten.[62] Am wichtigsten ist, dass es vorsieht, dass „die Staaten verpflichtet sind, bei Menschen, die internationalen Schutz suchen, den Zugang zu ihrem Territorium und faire und effiziente Asylverfahren zu gewährleisten."[63] Darüber hinaus verlangt das US-Gesetz von den für die Einwanderung zuständigen Beamten, dass sie diejenigen, die Asyl suchen, zu einer Befragung einem für Asyl zuständigen Beamten übergeben.[64]

Amnesty International hat bereits seit 2015 Vorfälle von Zurückweisung von Asylsuchenden an der Grenze dokumentiert. Beweismaterial, das Amnesty International im Jahr 2017 an sechs verschiedenen Hauptgrenzstationen[65] entlang der gesamten Grenze gesammelt hat, lässt den Schluss zu, dass dies häufig und fortgesetzt geschieht. Angesichts der Tatsache, dass die Zoll- und Grenzschutzbeamten unter Verwaltungsrichtlinien arbeiten, die ihnen oft eine große Geheimhaltung ermöglichen, treffen sie oft willkürliche Entscheidungen, die gegen US- und Völkerrecht verstoßen. Es gibt keine schriftliche Aufzeichnung zum Umgang mit Asylsuchenden durch Zoll- und Grenzschutzbeamte und interne Aufsichtsorgane führen selten Überwachungsbesuche an den Grenzstationen durch. Asylsuchenden wird routinemäßig gesagt, dass sie in den Vereinigten Staaten kein Asyl beantragen können, dass sie nach Mexiko zurückkehren müssen, und manchmal wird ihnen fälschlicherweise ohne große Erläuterungen gesagt, dass sie nicht berechtigt sind, in den USA um Asyl zu bitten. Damit wird ihnen das Recht verweigert, dass sie ihren Fall bei den zuständigen Behörden vortragen können.

---

[59] United Nations Convention and Protocol Relating to the Status of Refugees, Article 33, einsehbar unter http://www.unhcr.org/3b66c2aa10

[60] Die rechtliche Grundlage von Gutachten (Advisory Opinions) des UNHCR ist in der Geschäftsordnung der Behörde des UNHCR (Statute of the Office of the UNHCR) festgehalten, einsehbar unter: http://www.unhcr.org/4d944e589.pdf. Diese werden allgemein als Richtlinien für die Einhaltung der Genfer Flüchtlingskonvention betrachtet.

[61] UNHCR, Advisory Opinion on the Extraterritorial Application of Non-Refoulement Obligations under the 1951 Convention relating to the Status of Refugees and its 1967 Protocol, http://www.refworld.org/pdfid/45f17a1a4.pdf, Absatz 7

[62] ibid

[63] Op Cit Anmerkung 61: Absatz 8

[64] 8 U.S. Code § 1225 a (2) - Inspection by immigration officers; expedited removal of inadmissible arriving aliens; referral for hearing

[65] Grenzstationen in den Städten San Diego, California; Nogales, Arizona; El Paso, Texas; Laredo, Texas; McCallen, Texas; Brownsville, Texas.

“Wir werden sie nicht hereinlassen, Sir. Zur Zeit nehmen wir hier keine Asylsuchenden auf.”

Antwort eines Zoll- und Grenzschutzbeamten an einen Asylsuchenden aus Osteuropa an der Grenze von San Diego – Tijuana am 26. Januar 2017.

Amnesty International hat dokumentierte Zeugenaussagen aus mehreren Quellen sowie in vielen Fällen dokumentierte Beweise für Zurückweisungen in den Jahren 2016 und 2017 an Grenzstationen in San Diego, Kalifornien, Nogales, Arizona und den Grenzstationen von Texas in Laredo, McCallen und Brownsville. Es gibt keine Anzeichen dafür, dass diese Praktiken unter der neuen Regierung aufgehört haben. Ein Menschenrechtsverteidiger in einer Flüchtlingsunterkunft in Nuevo Laredo, Mexiko, berichtete Amnesty International, dass zwischen November 2016 und Februar 2017 nur 28 % der Asylsuchenden, die er zur Grenzstation begleitet hatte, erfolgreich in die Vereinigten Staaten einreisen konnten. Amnesty International erhielt auch wichtige Beweise für diese Praxis am Grenzübergang San Diego - Tijuana über Nicole Ramos, eine US-Anwältin, die von Dezember 2015 bis April 2017 71 Asylsuchende bis an die Grenze von San Diego - Tijuana begleitet hatte. Bei fast allen Gelegenheiten versuchten Zoll- und Grenzschutzbeamte entweder den Asylsuchenden die Einreise zu verweigern oder sie führten falsche Verfahren an, wie z.B. dem Asylsuchenden mitzuteilen, er müsse zum US-Konsulat in Mexiko gehen, und ihm so die Einreise in die USA effektiv zu verweigern. Bei mehr als einer Gelegenheit schienen die Zoll- und Grenzschutzbeamten vorsätzlich falsch zu informieren, indem sie zuerst den Asylsuchenden erzählten, dass sie nicht über die Grenze gehen könnten, aber als sie das Insistieren eines Rechtsanwalts bemerkten, deutlich machten, dass sie das korrekte Verfahren vollständig kennen, das eingehalten werden muss.

“Wie fühlen Sie sich, schämen Sie sich nicht, ‚Terroristen‘ zu helfen?”

Kommentar eines Zoll- und Grenzschutzbeamten im Mai 2016 gegenüber einem Menschenrechtsverteidiger in einer Flüchtlingsunterkunft auf der mexikanischen Seite der Grenze zu Arizona, der einen Asylsuchenden an die Grenze begleitet hat, um ihm zu helfen, das Verfahren zu verstehen.

Ein Mann und eine Frau waren mit ihrer Tochter aus Honduras geflohen, nachdem der Mann von der *Mara*, die ihn auch danach noch verfolgte, angegriffen und angeschossen worden war. Sie erzählten Amnesty International, dass sie im Januar 2017 innerhalb von drei Tagen sechs Mal von der Grenzstation nach McCallen, Texas, abgewiesen wurden, obwohl sie sich den Zoll- und Grenzschutzbeamten als Asylsuchende zu erkennen gegeben hatten.

“Du bist voller Scheiße.”

Kommentar eines Zoll- und Grenzschutzbeamten zu einer Mexikanerin im Juni 2016, die geschlechtsspezifische Gewalt und Verfolgung durch eine transnationale kriminelle Vereinigung anzeigte, festgehalten iin einem eidesstattlichen Dokument, das Amnesty International zur Verfügung steht.

Amnesty International hat auch Beweismaterial über die routinemäßige Abweisung von mexikanischen Asylsuchenden gesammelt, die in die USA einreisen wollten. Bei zahlreichen Gelegenheiten erklärten Anwälte von Asylsuchenden Amnesty International, dass der Zoll- und Grenzschutz an verschiedenen Grenzposten routinemäßig den mexikanischen BürgerInnen sagt, dass „es kein Asyl in den Vereinigten Staaten für MexikanerInnen gibt“ und dass „Asyl für MexikanerInnen schon lange beendet ist.“ Dies ist ein klarer Verstoß gegen das Recht, dass alle Personen, die internationalen Schutz suchen, Zugang zu einer Einzelfallbewertung haben müssen.[66] Amnesty

[66] Dies ist vergleichbar mit Anmerkungen der Vereinten Nationen gegenüber routinemäßigen „Abweisungen an der Grenze“, die Spanien gegenüber Menschen aus verschiedenen Staaten durchführte. Das Menschenrechtskomitee der Vereinten Nationen (United Nations Human Rights Committee) empfahl Spanien, das Gesetz hinsichtlich der „Abweisungen an der Grenze“ in Ceuta und Melilla dahingehend zu ändern, um „sicherzustellen dass alle Menschen, die internationalen Schutz suchen, Zugang zu fairen Verfahren für Einzelfallprüfungen und ohne Unterschied Schutz gegen Zurückweisung erhalten sowie Zugang zu unabhängigen Mechanismen mit der Befugnis, negative Entscheidungen auszusetzen”. The Human Rights Committee, Concluding observations on the sixth periodic report of Spain (CCPR/C/ESP/6), verabschiedet bei der Sitzung (CCPR/C/ SR.3192) am 20. Juli 2015, Absatz 18, einsehbar unter: http://docstore.ohchr.org/SelfServices/FilesHandler.ashx?enc=6QkG1d%2FPPRiCAqhKb7yhsqX7R5nHBFqJOu4nx7MjbHJAiPJpixsP8%2Bk%2BsXvixZUFiczygBcJ%2B9knj92Cy1WTuvIoN4F6vBJkQvaB%2BidSeWRBSH8MwA14T87JaN2JRGby (aufgerufen am 20. August 2017)

International hat Hinweise darauf, dass sich diese Situation seit Oktober 2016 verschlechtert hat. Seit dieser Zeit hat die Organisation zumindest sechs Berichte von mexikanischen Asylsuchenden und Familien erhalten, die an einer Grenzstation einreisen konnten, nur um dann von Zoll- und Grenzschutzbeamten mündlich dazu gezwungen zu werden, ihre Berichte über die Angst um ihr Leben auf Video zu widerrufen, und mit Abschiebung bedroht zu werden, wenn sie nicht widerrufen. Amnesty International hat in einem Fall Beweise erhalten, in dem eine Mexikanerin wiederholte Versuche zur Einreise in die USA machte und innerhalb von 24 Stunden wieder nach Mexiko zurückgeschickt wurde. Als sie bei einer späteren Einreise endlich eine Asylanhörung erhielt, wurde sie von Zoll- und Grenzschutzbeamten gefilmt, die ihr nicht erlaubten, über ihre Angst vor der Rückkehr nach Mexiko zu sprechen. Die Beamten zwangen die Frau, eine freiwillige Rückkehr-Erklärung zu unterzeichnen, und drohten ihr dabei, falls sie das nicht täte, werde sie abgeschoben und dürfe nie mehr in die USA einreisen.

ALEJANDRO*, AUS HONDURAS GEFLOHEN: GESTRANDET AN DER GRENZE UND FEHLINFOMIERT ÜBER SEINE RECHTE

"Meine Tante in Chicago sagte mir, dass dieser Trump uns jetzt den Schutz genommen hat. Sie sagte mir, dass sie am 20. Januar die Tür für Asyl in den Vereinigten Staaten geschlossen haben." [Zitat aus einem Interview mit Amnesty International am 27. Februar 2017]

Anmerkung: Es ist wichtig zu wissen, dass es in Trumps Grenzsicherheits-Verordnung nichts gibt, das es für Asylsuchende illegal macht, in die Vereinigten Staaten einzureisen.

Im Gegenteil: Trump's so genannter "Moslem Bann" setzte ursprünglich die Einreise von bereits anerkannten Flüchtlingen zur Wiederansiedelung in den USA für 120 Tage aus. Dabei ging es um Flüchtlinge, die bereits in ihrem Herkunftsland mit Hilfe eines internationalen Verfahrens nach Vorgaben von US-Recht Asyl beantragt hatten. Aber dieser Einreisestopp hat nie die vollständige Schließung der Landesgrenzen gegenüber Menschen gefordert, die internationalen Schutz suchten, also gegenüber Asylsuchenden, die als Flüchtlinge von einem Asylrichter in den Vereinigten Staaten anerkannt werden wollten.

MARÍA* UND IHRE FAMILIE AUS HONDURAS: SIE FLOHEN AUS IHREM HAUS, ALS *MARAS* KAMEN, UM ES NIEDERZUBRENNEN. EIN ZOLL- UND GRENZBEAMTER SAGTE IHNEN, SIE „KÖNNEN ZUR ZEIT KEIN ASYL BEANTRAGEN"

Die sechsköpfige Familie (zwei Elternteile, eine Großmutter und drei Kinder) flohen aus ihrem zuhause in Honduras, nachdem es María, der Mutter, gelungen war, einer Entführung zu entkommen, bei der sie Ende 2016 eine Woche lang von *Maras* gefangen gehalten wurde. Nach ihrer Flucht erhielt die Familie Todesdrohungen und musste durch die Hintertür ihres Hauses fliehen, als *Maras* mit Benzinkanistern vor ihrem Haus ankamen, um die Familie bei lebendigem Leibe zu verbrennen.

Die Familie erschien am 15. November 2016 an der Grenzstation Pedwest von San Diego, Kalifornien, wo ihnen ein Zoll- und Grenzbeamter am Tor sagte, dass sie ein Ticket von den mexikanischen Behörden beantragen müssten und dass sie derzeit kein Asyl beantragen könnten. Die Familie befand sich in Begleitung eines Anwalts, der darauf hinwies, dass die mexikanischen Behörden keine Tickets für diejenigen ausgeben, denen die Dokumente für eine freiwillige Ausreise fehlten, die normalerweise MigrantInnen aus Haiti erhalten, aber ZentralamerikanerInnen nicht. (Dieses Verfahren wird unten beschrieben.) Nach vielen Diskussionen konnte die Familie schließlich für das Asylverfahren einreisen.

Bestimmte Grenzübergänge, vor allem in der Nähe von Tijuana, Mexiko, erlebten eine außergewöhnliche Zunahme von EinwandererInnen aus Haiti zwischen Mai und Dezember 2016. Die Auslastung dieses Grenzübergangs provozierte die Schaffung eines "Ticketing-Systems" ab Mai 2016, wobei Zoll- und Grenzschutzbeamte Asylsuchende zurückwiesen und ihnen sagten, sie bräuchten ein Ticket, das von Grupo Beta ausgegeben werde, einem humanitären Zweig des Nationalen Instituts für Migration (Instituto Nacional de Migración, INM) von Mexiko. Trotz der Tatsache, dass der Ansturm der Haitianer Anfang 2017 abnahm, blieb das Ticket-System bestehen. Das Ticket gibt der Person ein Datum, in der Regel einige Wochen im Voraus, wann sie zur Grenzstation kommen darf. Dieses System zielte in erster Linie auf die große haitianische Menschenmenge ab, die in die Vereinigten Staaten einreisen wollte, bevor eine spezielle humanitäre Ausnahmeregelung ablief, die sie in

Anspruch nehmen wollten. Das System wurde von mexikanischen Behörden in Absprache mit den Zoll-und Grenzschutzbehörden der USA betrieben. Nicht nur, dass es rechtswidrig ist, weil es die Ablehnung an der Grenze erleichtert, es diskriminiert auch diejenigen Nationalitäten, die in Mexiko am meisten gefährdet sind, inhaftiert und abgeschoben zu werden. Haitianische Staatsangehörige erhalten von Mexikos Nationalem Institut für Migration INM in der Regel freiwillige Ausreisedokumente, die es ihnen erlauben, vorübergehend im Land zu bleiben, ohne inhaftiert oder abgeschoben zu werden. Das geschieht hauptsächlich aus praktischen Gründen, einschließlich der Tatsache, dass Mexiko nicht über ausreichende Ressourcen verfügt, Tausende von HaitianerInnen in ihr Land zurück zu fliegen. Im Gegensatz dazu erhalten Asylsuchende aus Mittelamerika im Allgemeinen keine freiwilligen Ausreisedokumente und wenn das Institut für Migration INM sie ablehnt, besteht ein erhöhtes Risiko, dass sie in Haft genommen und mit dem Bus in ihre Länder abgeschoben werden.

Die geballte Wirkung dieser Maßnahmen und das „Ticketing-System" diente als willkürliche Rechtfertigung dafür, dass viele ZentralamerikanerInnen nach Mexiko zurückgeschickt wurden, trotz der Tatsache, dass ein größeres Risiko besteht, von den Behörden festgenommen zu werden, wenn sie sich wegen eines Tickets an das Institut für Migration INM wenden. MenschenrechtsverteidigerInnen, die in Mexiko arbeiten, haben dieses Ticketing-System wiederholt verurteilt, dessen Existenz öffentlich von Mexikos Institut für Migration INM abgestritten wird.[67] Die Zoll- und Grenzschutzbehörden der USA ihrerseits schwanken zwischen Abstreiten der Existenz des Ticketing-Systems und der öffentlichen Anerkennung, aber sie sagen, es sei eine Praxis, die von Mexiko eingeführt worden sei und nichts mit den Vereinigten Staaten zu tun habe.[68]

"Man sollte keinen Rechtsanwalt brauchen, um an der Grenze Asyl zu beantragen."

Nicole Ramos, US Rechtsanwältin, die Asylsuchenden an der Grenze von Tijuana – San Diego kostenlos Rechtsberatung gibt.

Wie Zurückweisung aus Mexiko und den USA funktioniert

1. Überquerung der Grenze nach Mexiko: Die meisten Asylsuchenden kommen nach Mexiko ohne Dokumente, zu Land oder über einen Fluss. Nur wenige beantragen an den offiziellen Grenzübergängen Asyl. Die meisten versuchen, den Weg zu einem Büro von COMAR (Mexikos Flüchtlingsbehörde) zu finden, um Asyl zu beantragen.

2.A. Einmal in Mexiko werden einige Asylsuchende vom Institut für Migration INM verhaftet und, obwohl sie Angst vor einer Rückkehr deutlich machen, nicht an COMAR verwiesen, um einen Asylantrag einzureichen, sondern sie werden einfach inhaftiert und schnell abgeschoben.

2.B. Einige Asylsuchende werden in ihre Herkunftsländer abgeschoben, nachdem die COMAR ihr Schutzgesuch abgelehnt hat. Dies wird nur dann als Zurückweisung angesehen, wenn sie keine Möglichkeit einer Berufung hatten oder ihre Haftbedingungen sie veranlassten, ihren Antrag zurückzuziehen.

3. Grenze USA - Mexiko: Menschen wird oft die Einreise an der Grenze verweigert, obwohl sie ihre Angst vor Rückkehr ausdrücken und Asyl beantragen möchten. Dies ist ein eindeutiger Verstoß gegen das Prinzip der Nicht-Zurückweisung.

4.A. Asylsuchende in den USA, die von der Grenzpatrouille oder der Einwanderungs- und Zollbehörde ICE aufgegriffen werden, werden abgeschoben, obwohl sie Angst vor einer Rückkehr äußern = Zurückweisung.

4.B. Asylsuchende werden inhaftiert, während sie auf die Anhörung zu ihrem Antrag warten. Zurückweisung kann während des Verfahrens oder vor oder nach einer Anhörung erfolgen, aufgrund von Verletzung des Rechts auf ein angemessenes Verfahren.

[67] Diese Information basiert auf einer Analyse von Zeugenaussagen durch Amnesty International und auf Informationen aus öffentlichen Kommentaren der mexikanischen Regierung
[68] Diese Information basiert auf öffentlichen Reden von Vertretern der Zoll- und Grenzschutzbehörden vor Rechtsanwälten, die Amnesty International zur Verfügung gestellt wurden.

4.2 TRUMP'S GRENZSICHERHEITS-VERORDNUNG: EINE MENSCHLICHE MAUER

Trotz der Tatsache, dass die Verfassung der Vereinigten Staaten die Gleichheit vor dem Gesetz[69] vorsieht, haben Gesetzgebung und Verordnungen in den letzten zwei Jahrzehnten die ordnungsgemäßen Prozessrechte für MigrantInnen ohne behördliche Aufenthaltsgenehmigung und Asylsuchende, die die Grenze überschreiten, aufgeweicht. Im Jahre 1996 führten Gesetze und Vorschriften zu obligatorischer Haft für diese Personen, in Verletzung der Vertragsverpflichtungen der Vereinigten Staaten unter Artikel 9 des Internationalen Pakts über bürgerliche und politische Rechte (ICCPR), der willkürliche Inhaftierung verbietet.[70] Die Trump-Regierung droht nun, diese Rechte weiter zu auszuhöhlen.

Damit Haft - einschließlich der Einwanderungshaft - nicht willkürlich ist, muss sie vom Gesetz vorgeschrieben, unter den spezifischen Umständen notwendig und verhältnismäßig bezüglich des angestrebten Ziels sein, und die Häftlinge müssen darüber aufgeklärt werden, warum sie ihrer Freiheit beraubt werden. Vorkehrungen gegen eine Inhaftierung müssen gesetzlich vorgeschrieben sein. Jede Entscheidung für eine Inhaftierung muss immer auf einer detaillierten Einzelfallbewertung basieren und zeigen, dass die Inhaftierung notwendig und verhältnismäßig ist und dass weniger restriktive Alternativen nicht wirksam sind.

Anstatt im Gesetz Vorkehrungen gegen Inhaftierungen festzuschreiben, besagt das Einwanderungs- und Staatsangehörigkeitsgesetz (INA) der Vereinigten Staaten, dass alle an der Grenze aufgegriffenen Personen inhaftiert werden müssen.[71] Angesichts der Tatsache, dass sich unter den Ankommenden an der Grenze ein erheblicher Anteil an Asylsuchenden befindet, verstößt dies gegen das Protokoll zur Genfer Flüchtlingskonvention von 1967, das die Vereinigten Staaten dazu verpflichtet[72] sicherzustellen, dass Asylsuchende bei ihrer Einreise ohne erforderliche Dokummente nicht mit Strafaktionen empfangen werden.

VOR TRUMP'S GRENZSICHERHEITS-VERORDNUNG	NACH TRUMP'S GRENZSICHERHEITS-VERORDNUNG
MigrantInnenen oder Asylsuchende, die an der Grenze festgenommen wurden, wurden obligatorisch in Haft genommen, oft für vieleMonate.[73] Allerdings **wurden einige Asylsuchende nach ihrer Anhörung freigelassen, nachdem festgestellt wurde, dass ihre Angst vor einer Rückkehr in ihre Herkunftsländer glaubhaft ist, und wurden während des Asylverfahrens vor einem Richter nicht eingesperrt**.[74] Die obligatorische Inhaftierung wirkt sich stark auf Asylsuchende aus, die keine andere Wahl haben, als die Grenze ohne Papiere zu überqueren, und verstößt gegen Artikel 9 des ICCPR, der eine Einzelfallprüfung vorschreibt, bevor jemand inhaftiert wird.	MigrantInnen und Asylsuchende werden weiterhin obligatorisch inhaftiert und **eine Freilassung aus der Haft wird viel schwieriger zu erreichen. Asylsuchende werden während der Dauer ihres Verfahrens eingesperrt.** Die Grenzsicherheits-Verordnung fordert eine restriktive Auslegung der Regelungen in INA 212(d)(5), die die Freilassung bestimmter Personen wegen dringender humanitärer Gründe oder dem öffentlichen Wohl zulassen. Sie fordert zusätzlich eine schriftliche Zustimmung zur Freilassung durch den Deputy Director of ICE, **nachdem** die schriftliche Zustimmung, die vom Gesetz vorgesehen ist, bereits vorliegt.

[69] US Constitution, (Amend XIV)

[70] Darüberhinaus hat die UN Arbeitsgruppe zu willkürlicher Haft (UN Working Group on Arbitrary Detention) ausdrücklich festgestellt, dass dort, wo die Haft von Einwanderern ohne Aufenthaltsgenehmigung verpflichtend ist, unabhängig von ihren persönlichen Umständen, dies das Verbot von willkürlicher Inhaftierung gemäß Artikel 9 der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte (UDHR) und Artikel 9 des Internationalen Paktes über bürgerliche und politische Rechte (ICCPR) verletzt. Siehe Report of the Working Group on Arbitrary Detention on its visit to the United Kingdom, E/ CN.4/1999/63/Add.3, 18. Dezember 1998, Recommendation 33

[71] Immigration and Nationality Act (INA) Section 235 (b)]. Umfangreiche Reformen im Jahr 1996 unter der Illegal Immigration Reform and Immigrant Responsibility Act (IIRA) änderten diesen Abschnitt 235 des INA und führten verpflichtend Inhaftierung für ankommende AusländerInnen ein, was überwiegend diejenigen betrifft, die über Land kommen, z.B. Asylsuchende.

[72] UN 1951 Convention on the Status of Refugees, Article 31

[73] Im 9. Gerichtsbezirk (9th Circuit) hat eine Person, die in obligatorischer Haft gefangen gehalten wird, das Recht auf eine mündliche Verhandlung innerhalb von 6 Monaten. Die Anhörung findet bei einem Gerichtstermin vor einem Einwanderungsrichter statt. In einem jüngeren Fall mit dem Titel Jennings vs. Rodríguez, der aus dem 9. Gerichtsbezirk kommt, kann es bald sein, dass der Oberste Gerichtshof darüber entscheidet, ob Einwanderer in obligatorischer Haft gemäß U.S.C. § 1225(b), 1226(c), oder 1226(a) das Recht auf mündliche Verhandlungen haben, wenn sie sechs Monate lang inhaftiert sind.

[74] Während Ausführungsbestimmungen aus dem Jahr 2009, die auch noch Ende 2016 in Kraft sind, die bedingte Freilassung von Asylsuchenden auf der Grundlage von Einzelfallprüfungen zulassen, die eine glaubhafte Angst vor Verfolgung geltend machen können und bei denen „dringende humanitäre Gründe" oder „bedeutende Vorteile für das Gemeinwohl" vorliegen und die im Ermessen von Einwanderungs- und Zollbeamten stehen, unterlaufen dies die neuen Verordnungen, die eine Begrenzung dieses Ermessensspielraums fordern.

[75] Gemäß US Recht können "dringende humanitäre Gründe" oder "bedeutendes öffentliches Wohl" als Rechtfertigung für bedingte Freilassungen von Personen sein und werden auf einer Fall-zu-Fall-Basis entschieden, wenn "AusländerInnen" a) schwere medizinische Probleme haben b) schwanger sind und die Schwangerschaft medizinisch bescheinigt wird c) Jugendliche sind (was nach US Recht Kinder jünger als 18 Jahre bedeutet): Siehe § Sec. 212.5 Parole of aliens into the United States. Dieses Gesetz fordert nur eine schriftliche Bescheinigung durch eine dazu befugte Behörde. Aber das am 21. Februar vom Heimatschutzministerium veröffentlichte Memo, Section A, Absatz 5 fordert "die schriftliche Zustimmung des Deputy Director der ICE oder des Deputy Comissioner der CBP". Siehe:Implementing Memo, Op Cit, Anmerkung 56. Weitere Details dieses Memos sagen: "Obwohl die bedingte Freilassung abgeschafft wird, bestimmt das Heimatschutzministerium, dass nach wie vor elektronische Fußfesseln auf Einzelfallbasis eingesetzt werden." Siehe Q and A sheet, https://www.dhs.gov/news/2017/02/21/qa-dhs-implementation-executive-order-border-security-and-immigration-enforcement

VOR TRUMP'S GRENZSICHERHEITS-VERORDNUNG	NACH TRUMP'S GRENZSICHERHEITS-VERORDNUNG
MigrantInnen oder Asylsuchende, die innerhalb von 100 Meilen entlang der Grenze und innerhalb der ersten 14 Tage der Einreise aufgegriffen wurden,[76] unterlagen der „Beschleunigten Abschiebung" („Expedited Removal")[77], ohne Recht auf Überprüfung durch einen Richter, außer die „AusländerInnen" beantragten Asyl und machten in ihrer ersten Anhörung geltend, dass sie eine glaubwürdige Angst[78] vor der Rückkehr in ihr Land haben. Sie erhielten dann die Gelegenheit, ihren Asylantrag in einer vollständigen Anhörung vor einem Asylgericht vorzutragen. Wenn in dieser Anhörung festgestellt wurde, dass der Asylsuchende keine „glaubwürdige Angst" hat, dann ging der Fall an einen Richter für eine Anhörung, in der die Asylsuchenden kein Recht hatten, Beweise vorzulegen oder Berufung einzulegen, was MigrantInnen in normalen Einwanderungsverfahren haben.[79] Die beschleunigte Abschiebung ist effektiv ein sehr schneller Abschiebungsprozess, der wegen der Verletzung des Rechts auf einen angemessenen Prozess sowie wegen der Verletzung internationalen Rechts heftig kritisiert wird.[80]	Die "beschleunigte Abschiebung" **wird nun gegenüber Menschen eingesetzt, die irgendwo innerhalb der USA und innerhalb von zwei Jahren nach der Einreise[81] aufgegriffen werden**, das heißt, dass die Einwanderungs- und Zollbehörde ICE effektiv als Richter und Kerkermeister gegenüber der großen Mehrheit von MigrantInnen ohne Aufenthaltserlaubnis und Asylsuchenden handeln kann.
MigrantInnen oder Asylsuchende, die an der Grenze aufgegriffen werden, konnten in den Vereinigten Staaten bleiben, wenn auch häufig in Haft.	MigrantInnen und Asylsuchende, die die Landgrenze zwischen den USA und Mexiko an den Grenzstationen überqueren wollen, werden auf mexikanisches Territorium zurückgeschoben, wo viele von ihnen keinen legalen Aufenthaltsstatus oder Schutz haben und in Gefahr von Entführung und Übergriffen sind. [82] Anmerkung: Die mexikanische Regierung hat dieses Vorgehen öffentlich zurückgewiesen.[83]

[76] Siehe Notice Designating Aliens Subject to Expedited Removal Under Section 235(b)(I)(a)(iii) des the Immigration and Nationality Act, 67 Fed. Reg. 68924 (13. November 2002); Designating Aliens For Expedited Removal, 69 Fed. Reg. 48877 (11. August 2004); Presseerklärung des Heimatschutzministeriums *Department of Homeland Security Streamlines Removal Process Along Entire US Border*, 30. Januar 2006: Beschreibt, dass die beschleunigte Abschiebung an der südwestlichen Grenze seit 1996 existierte und auf die 100 Meilen-Distanz von der Grenze und auf die Einreise innerhalb von 14 Tagen angewendet wird.

[77] Die beschleunigte Abschiebung, eingeführt im Jahr 1996, ist enthalten in Section 235 des Immigration and Nationality Act INA. Dieser Abschnitt bestimmt in wesentlichen Teilen, dass ein Einwanderungsbeamter ohne weitere Anhörung oder Überprüfung den Befehl zur Abschiebung des Ausländers aus den Vereinigten Staaten geben muss, wenn er feststellt, dass ein Ausländer" nicht zugelassen werden kann, weil ihm/ihr die erforderlichen Dokumente fehlen oder weil er/sie versucht hat, ein Visum, andere Dokumente oder eine Einreiseerlaubnis mit Hilfe von Betrug oder falschen Angaben zu erhalten." 8 U.S.C. §1225(b)(1)(A)(i); siehe id. §§1182(a)(6)(C), 1182(a)(7).

[78] Personen, die einer beschleunigten Abschiebung gegenüberstehen, die eine Absicht erkennen lassen, dass sie Asyl beantragen wollen oder eine Angst vor Verfolgung ausdrücken, werden von einem für Asylfragen zuständigen Beamten angehört, um festzustellen, ob die Person eine glaubwürdige Angst vor Verfolgung hat. Von dieser Anhörung wird kein formales Protokoll angefertigt, es findet üblicherweise ohne Unterstützung eines Rechtsberaters statt und es geht dabei nur oberflächlich um die Gründe für einen Asylantrag. Personen, die an einen für Asyl zuständigen Beamten überstellt werden, müssen inhaftiert werden, mit nur sehr wenigen Ausnahmen.

[79] "AusländerInnen", die eine "glaubwürdige Angst" vor der Rückkehr in ihr Land geltend machen, werden dann in reguläre Abschiebungsverfahren überführt (wie vorgesehen in Artikel 240 des Immigration and Nationality Act INA), wenn sie die Möglichkeit erhalten, ihre Berechtigung auf internationalen Schutz zu zeigen. Gemäß Ermessen der Regierung können sie aus der Haft entlassen werden, bis ein Einwanderungsrichter über ihren Antrag entscheidet. Wenn der für Asyl zuständige Beamte der Ansicht ist, dass eine Person keine glaubwürdige Angst vor Verfolgung hat, kann die Person eine Überprüfung durch einen Richter beantragen. Zu dieser Überprüfung gehört aber nicht die Beweisaufnahme wie in den Verfahren, die ein Richter in einem regulären Abschiebefall durchführt. Der/die Asylsuchende erhält keine Möglichkeit, die Beweislage gegen ihn/sie zu überprüfen, Zeugen zu verhören oder selbst Beweise für seinen/ihren Antrag vorzulegen. Das Revisionsverfahren muss innerhalb von sieben Tagen nach der Entscheidung des für Asyl zuständigen Beamten durchgeführt werden und findet häufig telefonisch statt. Die Entscheidung des Einwanderungsrichters ist endgültig; der/die Asylsuchende hat nicht das Recht auf Berufung vor dem Board of Immigration Appeals, wie das in Standard-Gerichtsverfahren vor Einwanderungsgerichten der Fall ist. Wenn Berufung abgelehnt wird, wird die Abschiebung des/der Asylsuchenden angeordnet und üblicherweise sofort durchgeführt. Die einzige rechtliche Berufungsmöglichkeit besteht in einem *habeas corpus* Antrag.

[80] Kritik, die die U.S. Commission on International Religious Freedom und andere Gruppen wiederholt geäußert haben. Diese Komission über internationale religiöse Freiheit stellte zum Beispiel fest, dass „in 15 % (12/79) der beobachteten Fälle der Ausländer nicht [an einen für Asyl zuständigen Beamten für eine Anhörung zur Glaubwürdigkeit seiner Angst] weiterverwiesen wurde, wenn er/sie gegenüber dem Beamten Angst vor einer Rückkehr äußerte. Zitate in Human Rights First FACT Sheet vom November 2015, einsehbar unter: http://www.humanrightsfirst.org/sites/default/files/FAQ-asylum-seekers-and-the-expedited-removal-process.pdf.

[81] Department of Homeland Security: Implementing Memo on the President´s Border Security Enforcement Policies – 21. Februar 2017, Section G: In Bezug auf den zeitlichen Rahmen, der für die beschleunigte Abschiebung angewandt wird, sagte Minister Kelly, dass es dazu bald eine neue Mitteilung im Bundesanzeiger geben werde. https://www.dhs.gov/sites/default/files/publications/17_0220_S1_Implementingthe-Presidents-Border-Security-Immigration-Enforcement-Improvement-Policies.pdf

[82] Border Security Executive Order: Sec. 7. Return to Territory. The Secretary shall take appropriate action, consistent with the requirements of section 1232 of title 8, United States Code, to ensure that aliens described in section 235(b)(2)(C) of the INA (8 U.S.C. 1225(b)(2)(C)) are returned to the territory from which they came pending a formal removal proceeding.

[83] Siehe: BBC News, 23. Februar 2017, *Mexico's foreign minister rejects Trump deportation policy*, einsehbar unter: http://www.bbc.com/news/world-latin-america-39054999, aufgerufen am 18. Mai 2017

VOR TRUMP'S GRENZSICHERHEITS-VERORDNUNG	NACH TRUMP'S GRENZSICHERHEITS-VERORDNUNG
MigrantInnen oder Asylsuchende, die an der Grenze aufgegriffen wurden und die in der Anhörung geltend machten, dass sie eine „glaubhafte Angst" haben, durften in der Regel anschließend einen Richter persönlich sprechen.	MigrantInnen oder Asylsuchende, die an der Grenze aufgegriffen wurden und die ein Verfahren vor einem Richter durchlaufen, werden ihre Anhörung jetzt sehr viel wahrscheinlicher mit Hilfe eines Video-Telefon-Systems absolvieren müssen.[84] Während das Einwanderungsrecht der Vereinigten Staaten Video-Telefonkonferenzen (VTC) für Verfahren zulässt, **droht der Vorschlag zur flächendeckenden Anwendung in großem Stil das Recht auf angemessene Verfahren von Inhaftierten zu unterminieren, die es nun sehr viel schwerer haben, sich vor einem Richter zu verteidigen, der nicht persönlich anwesend ist.**[85]
Man verließ sich in einem begrenzten Umfang darauf, dass Strafverfolgungsbeamte auch Funktionen im Bereich Einwanderung gemäß Section 287 (g) des Immigration and Nationality Act INA ausübten. **Strafverfolgungsbeamte (also Polizisten) erhalten nicht die gleichen Fortbildungen wie Einwanderungsbeamte, insbesondere im Zusammenhang mit dem Schutz von Asylsuchenden.**	Die Grenzsicherheits-Verordnung fordert eine **Ausweitung des Einsatzes von Strafverfolgungsbeamten für Einwanderungs-Angelegenheiten.** Außerdem hat Generalstaatsanwalt Jeff Sessions die Grenzsicherheits-Verordnung mit der Forderung nach einem verstärkten Einsatz von Strafverfolgung von MigrantInnen ohne Aufenthaltserlaubnis an der US – mexikanischen Grenze ergänzt.

4.3. INVESTITIONEN IN DIE INHAFTIERUNG VON FAMILIEN

TROTZ DES DEUTLICHEN RÜCKGANGS DER ZAHLEN VON IMMIGRANTINNEN OHNE BEHÖRDLICHE GENEHMIGUNG IN DEN LETZTEN 15 JAHREN IST DIE ZAHL DER PLÄTZE IN HAFTZENTREN, DIE VON US-BÜRGERINNEN BEZAHLT WERDEN, DRASTISCH GESTIEGEN: VON EHEMALS 8.000 BETTEN TÄGLICH AUF DAS HEUTIGE NIVEAU VON 34.000 BETTEN. PLÄNE UNTER PRÄSIDENT TRUMP DROHEN DIESE ZAHL ZU VERDOPPELN AUF MEHR ALS 70.000 BETTEN PRO TAG.

2009 veröffentlichte Amnesty International einen großen Bericht zum Haftsystem für Asylsuchende in den USA und betonte darin dessen unrechtmäßige und inhumane Praktiken.[86] Acht Jahre danach ist das US-amerikanische Haftsystem für Asylsuchende immer noch Vorbild eines grausamen Regimes, das immer nur noch grausamer wird. Für das Rechnungsjahr 2018 hat Präsident Trump weitere 1,5 Milliarden US Dollar für Inhaftierungen gefordert – noch zusätzlich zu den schon geforderten 1,15 Milliarden US Dollar im Rechnungsjahr 2017. Wenn dieser Forderung zugestimmt wird, wird die USA insgesamt mehr als 4,5 Milliarden US Dollar pro Jahr für die Inhaftierung von ImmigrantInnen ausgeben. Dies entspricht mehr als dem Doppelten dessen, was im Moment dafür vorgesehen ist. Das Heimatschutzministerium veröffentlichte im April 2017 ein Dokument, das die Pläne darlegt, bis zu 33.500 mehr Plätze zu schaffen, um Menschen zu inhaftieren. Dies würde es der USA erlauben, ihre täglichen Haftkapazitäten auf mehr als 70.000 zu steigern, was die Bettenquote von 34.000 pro Tag, die vom Kongress erlassen wurde, weit übersteigt.[87] Im Gegensatz zu den Budgetentwürfen der Präsidenten aus den vorherigen Jahren erwähnt der Entwurf von Präsident Trump für das Rechnungsjahr 2018 keine Finanzierung von Alternativen zur Haft und verlangt stattdessen einen signifikanten Anstieg der Finanzierung von Hafteinrichtungen.[88]

[84] Siehe Department of Homeland Security: 90 Day Progress Report to the President on Executive Order 1367: Border Security and Immigration Enforcement Improvements, Section 7. 25. April 2017
[85] Siehe Immigration and Nationality Act, Section 240 (2) (A)
[86] Amnesty International, *Jailed Without Justice, Immigration Detention in the USA*, einsehbar unter: https://www.amnestyusa.org/reports/usa-jailed-without-justice/
[87] Department of Homeland Security, 90-day progress Report to the President on Executive Order 13767: Border Security and Immigration Enforcement improvements. Section 5. Die Zahl 33.500 kommt zustande, indem die Angaben aus zwei unterschiedlichen Plänen aufaddiert werden, die in diesem Bericht angekündigt werden. Im ersten wird geplant, die temporären Auffanglager um bis zu 12.500 Plätze aufzustocken. Im zweiten wird die Finanzierung von 21.000 weiteren Plätzen in Haftzentren für Asylsuchende dargelegt.
[88] Executive Office of the President of the United States, Office of Management and Budget: America First: A Budget Blueprint to Make America Great Again, Seite 23. Dies steht in Widerspruch zum vorherigen Budgetentwurf, ursprünglich eingereicht im Februar 2016, der vorschlug, 126 Millionen für Haftalternativen für durchschnittlich 53.000 TeilnehmerInnen pro Tag im Rahmen des Programms für Haftalternativen (Alternatives for Detention, ATD) auszugeben. Ziel des Programms waren Personen, die keine Gefahr für die Gesellschaft darstellten, siehe: https://www.dhs.gov/news/2016/02/09/fact-sheet-dhs-fy-2017-DESPITE

Amnesty International ist generell gegen den Einsatz von Haft zum Zweck der Einwanderungskontrolle. Sie verletzt das Recht auf Freizügigkeit und auf Schutz vor willkürlichen Verhaftungen. Diese Rechte sollten für alle Menschen gelten, unabhängig von ihrem Aufenthaltsstatus und ihrer Nationalität.[89] Haftalternativen sollten immer in Betracht gezogen werden, bevor ein Staat entscheidet, MigrantInnen ohne behördliche Aufenthaltserlaubnis in geschlossenen Haftanstalten unterzubringen. Leider hält das US-amerikanische Haftsystem für Asylsuchende die Vorgaben internationalen Rechts bei weitem nicht ein.

Das System der obligatorischen Inhaftierung von Einwanderern ohne behördliche Aufenthaltserlaubnis ist so grausam, dass es unverhältnismäßig über das hinausgeht, was bei einer Verwaltungshaft erlaubt ist. EinwanderInnen sollten keinen Strafmaßnahmen unterliegen. In den USA können sie jedoch in Gefängnissen mit Stacheldraht und Zellen gefangen gehalten werden, zusammen mit regulär Verurteilten für kriminelle Delikte. Erwachsene werden oft in Handschellen gelegt und gezwungen, Uniformen zu tragen. Amnesty International hat außerdem Berichte darüber, dass ihnen vor der Abschiebung für 24 bis zu 48 Stunden Fußfesseln angelegt werden.

Solche Bedingungen wurden vom UN-Sonderberichterstatter über Menschenrechte von MigrantInnen als unverhältnismäßig und stigmatisierend für EinwanderInnen als Kriminelle eingestuft.[90] Man schätzt, dass eine Person in einem Haftzentrum die US Regierung zwischen 126 und 161 US Dollar pro Tag kostet, wohingegen alternative Maßnahmen zur Haft nur 6 US Dollar pro Tag pro Person kosten würden.[91]

Die Ausweitung der Haft wird von US Führungspersonen vor allem damit gerechtfertigt, dass sie eine abschreckende Wirkung gegenüber weiterer illegaler Einwanderung haben soll. **Jedoch gibt es nicht nur Beweise dafür, dass Haft keine effektive Maßnahme dafür ist, irreguläre Migration zu verhindern,[92] sondern alleine schon der Versuch, Asylsuchende mit Haftandrohung abzuschrecken, ist rechtswidrig.[93]**

Die USA hat die Nutzung von Haftzentren in den letzten Jahren effektiv ausgeweitet und betreibt im Moment das größte Haftsystem für Asylsuchende der Welt. 2016 waren 352.882 Menschen in zivilen Hafteinrichtungen für Asylsuchende.[94] Diese Zahl schließt diejenigen MigrantInnen ohne Aufenthaltserlaubnie nicht ein, die in Bundesgefängnissen inhaftiert sind.[95]

Die Ausweitung der Haftzentren war zu großen Teilen eine Antwort auf die gestiegene Anzahl von unbegleiteten Kindern an der Grenze im Sommer 2014. Als im Sommer 2014 über 67.000 unbegleitete Kinder die Grenze der USA zu Mexiko überschwemmten, weitete die US Regierung den Einsatz von Haftmaßnahmen für Kinder und Familien deutlich aus. Innerhalb von ein paar Monaten wurde aus lediglich einer einzigen kleinen Einrichtung in Berks County, Pennsylvania, ein System von vier aktiven Haftzentren mit über 3.600 Betten für Familien.[96] Artesia, eines der Haftzentren für Familien, das nach diesem Höchststand eröffnet wurde, wurde 2015 auf Grund von Menschenrechtsverstößen schnell wieder geschlossen. Zu diesen Verstößen gehörten unter anderem Vorwürfe über eine Abschottung von Rechtsberatung, unangemessene Einrichtungen für Kinderpflege und Schule, Probleme mit der Telekommunikation und eine Essensversorgung, die in vielen Fällen zu einem drastischen Gewichtsverlust bei den Kindern führten, wegen der extremen Belastung durch die Verhaftung und die Kontrolle der Essenszeiten.

---

[89] Siehe: Amnesty International, Irregular Migrants and Asylum-seekers: alternatives to immigration detention (Index: POL 33/001/2009), einsehbar unter: https://www.amnesty.org/en/documents/POL33/001/2009/en/

[90] Special rapporteur on the Human Rights of Migrants, Report of the Special Rapporteur, 43, delivered to the Human Rights Council, A/HRC/7/12, 25. Februar 2008. Siehe auch Report of the Special Rapporteur on the Mission to the Border between Mexico and the United States of America, 43 and 73, E/CN.4/2003/85/Add.3, 30. Oktober 2002.

[91] Die Rechnung basiert auf Seite 38 des Fiscal Year 2017 Budget Request, DHS: https://www.dhs.gov/sites/default/files/publications/FY2017BIB.pdf.

[92] Siehe: International Detention Coalition: There are alternatives: A handbook for preventing unnecessary immigration detention. Melbourne: (2011), S. 11, einsehbar unter http://idcoalition.org/cap/handbook/capfindings/

[93] United Nations High Commissioner for Refugees (UNCHR), Detention Guidelines, Guidelines 2, 4.1.4 (2012), einsehbar unter http://www.unhcr.org/505b10ee9.html ("[D]etention for the sole reason that the person is seeking asylum is not lawful under international law")

[94] Der Rechnungsjahrbericht der Einwanderungs- und Zollbehörde ICE nennt die Gesamtzahl der Inhaftierungen: https://www.ice.gov/news/releases/dhs-releases-end-fiscal-year-2016-statistics#wcmsurvey-target-id. Die ICE brachte im Rechnungsjahr 2016 352.882 Personen in zivilen Hafteinrichtungen unter.

[95] Nach Berechnungen der Universität Syracuse sind das mindestens 60.000 Personen. Siehe: http://trac.syr.edu/immigration/reports/430/

[96] http://www.detentionwatchnetwork.org/sites/default/files/reports/DWN%20Expose%20and%20Close%20Artesia%20Report.pdf, Seite 3

Trotz umfassender Kritik an der Inhaftierung von Familien in den letzten Jahren, zu der auch eine hohe Anzahl an Gerichtsurteilen gegen diese Maßnahmen[97] und Empfehlungen des Beratungsausschusses zur Familienhaft (Family Detention Advisory Committee) zur Beendigung dieser Praxis gehören, und sogar trotz Zugeständnissen des ehemaligen Heimatschutzministers, dass die Praxis der Inhaftierung von Familien „wesentliche Veränderungen" benötige[98], werden die Haftzentren für Familien weiter genutzt und die aktuellen Pläne werden eine Ausweitung lediglich erleichtern.

Amnesty International lehnt die Inhaftierung von Kindern lediglich aus Gründen der Einwanderung ab, egal ob sie unbegleitet sind oder getrennt von oder zusammen mit ihren Familienmitgliedern festgehalten werden. Es gibt keine Rechtfertigung dafür, dass die Haft im Sinne des Kindeswohls sei. Diese Praktiken sind völlig unvereinbar mit internationalen Standards[99] und die Richtlinien des UNHCR fordern, Kinder prinzipiell nie zu inhaftieren.[100] Die Vereinigten Staaten haben die UN Kinderrechtskonvention nicht ratifiziert, aber unterschrieben. Internationales Vertragsrecht verpflichtet die Staaten, die ein Abkommen unterzeichnet haben, in gutem Glauben jegliche Aktionen zu unterlassen, die Absicht und Ziel des Vertrags gefährden könnten.[101] Das Prinzip des Kindeswohls ist einer der Grundpfeiler der UN Kinderrechtskonvention. Es gibt Beweise, die eindeutig nahelegen, dass die Regelungen in den USA zur Haft für Familien und Kindern das Kindeswohl eklatant ignorieren.

Während kein Gesetz in den USA die Inhaftierung von Kindern speziell verbietet, legte ein Gerichtsurteil 1997 landesweite Standards fest, die immer noch gelten. Sie legen die minimalen Auflagen fest, die für Kinder gelten, die sich in Gewahrsam von Einwanderungsbehörden befinden.[102] Weithin als die „Flores Regelung" (Flores Settlement) bekannt, fordern diese Standards, dass Kinder in einer „am wenigsten restriktiven angemessenen Umgebung" untergebracht werden sollen. Dabei müssen eine Reihe von Bedingungen erfüllt sein, wie eine strukturierte Schulerziehung von Montag bis Freitag, Erholungs- und Freizeitaktivitäten und mindestens eine Einzeltherapiestunde pro Woche sowie zweimal pro Woche eine Gruppentherapiesitzung. Außerdem muss die Regierung Kinder unverzüglich aus der Abschiebehaft entlassen.

Das Wohnzentrum von Berks County („Berks") ist eine Einrichtung mit 95 Betten im Bundesstaat Pennsylvania und ein Beispiel für eine Einrichtung, die die „Flores Regelung" eindeutig missachtet. Kinder werden in Schlafräumen mit sechs Personen untergebracht, zusammen mit Erwachsenen, die nicht zu ihrer Familie gehören. Dies ist eine Verletzung der „Flores Regelung", weil diese insbesondere fordert, Kinder nicht mit Erwachsenen festzuhalten, die nicht zu ihrer Familie gehören. Ein anderes Beispiel der Verletzung der Standards in der Einrichtung ist die Verhaftung eines Wärters im Jahr 2016, weil er eine 19-jährige Honduranerin sexuell belästigt hat.[103] Mütter und Kinder dürfen nachts nicht im gleichen Bett schlafen und sie werden alle 15 Minuten für einen „Betten Check" geweckt.

---

[97] Diese Urteile wurden anschließend von der Obama-Regierung angefochten.

[98] Der frühere Heimatschutzminister Jeh Johnson: „Wir haben beschlossen, dass wir wesentliche Änderungen an unseren Inhaftierungspraktiken vornehmen müssen, wenn es um Familien geht." Siehe: Department of Homeland Secruity, Statement by Secretary Jeh Johnson, 24. Juni 2015, einsehbar unter: https://www.dhs.gov/news/2015/06/24/statement-secretary-jeh-c-johnson-family-residential-centers

[99] General comment Human Rights Committee on Article 9: „Children should not be deprived of liberty, except as a measure of last resort and for the shortest appropriate period of time, taking into account their best interests as a primary consideration with regard to the duration and conditions of detention, and also taking into account the extreme vulnerability and need for care of unaccompanied minors" 1050/2002.

[100] "UNHCR's position regarding the detention of refugee and migrant children in the migration context" (Januar 2017) erklärt, dass „children should not be detained for immigration purposes, irrespective of their legal/migratory status or that of their parents, and detention is never in their best interests." http://www.refworld.org/docid/503489533b8.html

[101] Artikel 10 und 18 der Vienna Convention on the Law of Treaties, 1969

[102] Der vollständige Text der Flores Regelung ist online unter diesem Link zu finden: https://www.aclu.org/sites/default/files/assets/flores_settlement_final_plus_extension_of_settlement011797.pdf

[103] "Immigration facility guard given jail time for sexual assault of detainee", The Guardian, 23. April 2016, einsehbar unter: https://www.theguardian.com/us-news/2016/apr/23/immigration-detention-center-guard-sexual-assault-prison

Vier Mütter und ihre Kinder sind seit beinahe 600 Tagen im Berks Zentrum inhaftiert und es werden immer mehr

"Es ist nicht fair, dass ein Kind 1,5 Jahre im Gefängnis verbringen muss"
Marlene*, 24, aus El Salvador, zur Zeit inhaftiert mit ihrem 7-jährigen Sohn in Berks.

Antonio* (7 Jahre), Carlos* (4 Jahre), Josué* (3 Jahre), Michael* (16 Jahre) und ihre Mütter Marlene*, Lorena*, Teresa* und Maribel* sind schon fast 600 Tage im Wohnzentrum von Berks County in Haft. Jede der Familien hat in den USA Asyl beantragt, nachdem sie aus ihren Heimatländern Honduras und El Salvador geflohen waren, weil sie dort traumatische und lebensbedrohende Ereignisse erleben mussten. Unter anderem wurde ihnen mit Entführung gedroht und sie waren schwerer physischer und sexueller Gewalt ausgesetzt. Im Zentrum in Berks leben im Moment 34 Familien, viele davon seit mehr als einem Jahr.

Die Familien berichten von sich verschlechternder physischer und psychischer Gesundheit in dem Haftzentrum. Josué hat schwere Allergien und bei seiner Mutter wurde ein post-traumatisches Stresssyndrom und Depression diagnostiziert, die sich, laut einer unabhängigen psychologischen Untersuchung, zum Teil auch auf Grund der Haft verschlechtert. Ein unabhängiger Arzt hat bei Michael Depressionen festgestellt.

Der 3-jährige Josué lernte Gehen, während er im Haftzentrum Berks eingesperrt war

Die Behörden gewährten allen vier Kindern Ende 2016 einen besonderen Status für jugendliche MigrantInnen (Special Immigrant Juvenile Status, SIJS) und alle haben einen anhängigen Antrag auf einen permanente Aufenthaltserlaubnis. Außerdem hat jede der vier Familien einen unbestrittenen Paten in den USA, der bereit ist, sie aufzunehmen und sicherzustellen, dass sie vor Gericht erscheinen. Die Mütter fechten im Moment einen Abschiebungsbefehl an, weil ihr Asylantrag abgelehnt wurde. Trotz des SIJS Status, triftigen Asyl- und Schutzgründen und Problemen mit der psychischen und physischen Gesundheit weigern sich die Beamten der Einwanderungs- und Zollbehörde, die vier Kinder und ihre Mütter freizulassen. Es gibt weder unter US- noch unter internationalem Recht eine Rechtfertigung, sie weiter in Haft zu belassen.

5. DIE ANDERE MAUER: MEXIKO

> ***"Wir versuchen, die Rückkehr in ihre Herkunftsländer so schnell wie möglich durchzuführen."***
>
> Beamter des Nationalen Instituts für Migration, Mexiko, im südlichen Grenzstaat Chapas, im Gespräch am 23. November 2016

Die traditionelle Sicht auf Mexiko als Transitland für ZentralamerikanerInnen hat sich in den letzten Jahren dramatisch verändert. Immer mehr Menschen aus Honduras, El Salvador und Guatemala beantragen Asyl in Mexiko, um dauerhafte EinwohnerInnen des Landes zu werden. 2016 wurde die Rekordzahl von 8.788 Asylanträgen in Mexiko erreicht – im Vergleich zu 1.296 im Jahr 2013.[104] 91 % dieser Anträge kamen von BewohnerInnen des Nördlichen Dreiecks. Der UNHCR schätzt, dass die Anträge auch weiterhin exponentiell steigen werden, und rechnet mit 20.000 im Jahr 2017.[105] Obwohl die Mexikanische Kommission für Flüchtlingshilfe (Comisión Mexicana de Ayuda a Refugiados - COMAR) die Anzahl der bewilligten Asylanträge schon erhöht hat und Pläne erlassen wurden, die die Kapazität weiter erhöhen sollen, kann mehr getan werden, um auf diesen Flüchtlingsstrom zu reagieren.[106] Es ist beunruhigend, dass nur wenige Menschen ihre Anträge vor der COMAR stellen, im Vergleich zu den geschätzt mehr als 400.000 Menschen, die die südliche Grenze von Mexiko jedes Jahr ohne behördliche Genehmigung übertreten.[107] Internationale Berichte haben ausgerechnet, dass mehr als die Hälfte der Menschen, die Mexiko ohne Einreiseerlaubnis betreten, das Recht auf internationalen Schutz haben könnten.[108] Die Tatsache, dass so wenige Menschen Asyl in Mexiko beantragen, weist auf Versagen der Behörden hin, die MigrantInnen angemessen über ihr Recht auf einen Asylantrag aufzuklären und auf ungenügende Überprüfung ihrer Schutzbedürfnisse. Diese Pflichten obliegen der Nationalen Einwanderungsbehörde Mexikos (Instituto Nacional de Migración - INM), die auch damit beauftragt ist, MigrantInnen ohne behördliche Aufenthaltserlaubnis zu verhaften und zurück nach Zentralamerika abzuschieben.

2016 verhaftete die INM 188.595 MigrantInnen ohne Aufenthaltsgenehmigung, 81% von ihnen aus Zentralamerika, und schickte 147.370 wieder zurück in ihre Heimatländer.[109] 97 %, die abgeschoben wurden, waren aus Zentralamerika. Die Verfahren der INM sind technisch so gestaltet, dass sie Mexikos Migrationsgesetz folgen, das von INM Beamten verlangt, MigrantInnen über ihr Recht, Schutz zu beantragen, zu informieren und

---

[104] Comisión Mexicana de Ayuda a Refugiados, COMAR, *Estadísticas 2016*, einsehbar unter: http://www.comar.gob.mx/work/models/COMAR/Resource/267/6/images/ESTADISTICAS_2013-2017_1er_Trim.pdf

[105] Siehe "Alerta ACNUR de incremento de solicitudes como refugiados", El Economista, 10. Februar 2017, einsehbar unter: http://eleconomista.com.mx/sociedad/2017/02/10/alerta-acnur-incremento-solicitudes-como-refugiados

[106] Obwohl die Gesetzgebung zum Flüchtlingsschutz in Mexiko einen umfassenden Schutz vorsieht und weitreichende Standards wie die Cartagena Declaration von 1984 berücksichtigt, die einen Flüchtlingsstatus über die Definition der Flüchtlingskonvention von 1951 hinaus vorsieht, enthalten die Verfahren vor der COMAR noch weitere Verbesserungsmöglichkeiten: Diese beziehen sich auf das Recht der AntragstellerInnen auf Rechtsbeistand, auf Bestimmungen der COMAR zur Überprüfung wichtiger Elemente des Falles sowie auf die Tatsache, dass die COMAR zur Zeit nur drei Büros im ganzen Land unterhält.

[107] Aussage von Präsident Enrique Peña Nieto in den 71. Generalversammlung der Vereinten Nationen, September 2016, http://www.gob.mx/presidencia/prensa/palabras-del-presidente-enrique-pena-nieto-durante-la-cumbre-de-lideres-sobre-refugiados-en-el-marco-de-la-71-asamblea-general-de-laonu

[108] UNHCR, Children on the Run, 2014, einsehbar unter: http://www.unhcr.org/about-us/background/56fc266f4/children-on-the-run-fullreport.html. Doctors without Borders, Forced to Flee Central America´s Northern Triangle. A Neglected Humanitarian Crisis, 11. Mai 2017, einsehbar unter: http://www.doctorswithoutborders.org/article/report-forced-flee-central-americas-northern-triangle-neglected-humanitarian-crisis

[109] Mexican Ministry of the Interior (SEGOB), Unit of Migratory Policy, Statistics: Foreigners presented and returned, http://www.politicamigratoria.gob.mx/es_mx/SEGOB/Extranjeros_alojados_y_devueltos_2016, aufgerufen am 21. Mai 2017

mögliche Anträge sofort an die COMAR weiterzuleiten.[110] In der Praxis werden diese Standards jedoch oft nicht beachtet. Zahlreiche Asylsuchende in Mexiko erzählten Amnesty International, dass sie einige Male in ihre Heimatländer zurückgeschickt wurden, aber die INM Beamten sie nie über ihr Recht, Asyl zu beantragen, informiert hätten. Die Mehrheit der Asylsuchenden, die Amnesty International interviewt hat, haben nur durch Zufall oder Mundpropaganda während ihrer Reisen oder durch Mitarbeiter von Hilfsorganisationen in Unterkünften für MigrantInnen von ihrem Recht, einen Asylantrag zu stellen, erfahren.

Wiederholt haben Menschen, die vor Gewalt aus dem Nördlichen Dreieck geflohen sind, Amnesty International erzählt, dass ihre Aussagen, wenn sie ihre Angst vor einer Rückkehr in ihr Heimatland äußerten, von den INM Beamten ignoriert wurden oder sie sogar abfällige oder spöttische Kommentare als Antwort bekamen. Andere wurden von den Einwanderungsbeamten mit Kommentaren entmutigt, einen Asylantrag zu stellen. MigrantInnen ohne behördliche Aufenthaltserlaubnis, die von der INM festgenommen werden, bekommen ein einseitiges Formular, auf dem mit einer sehr kleinen Schrift am Ende der Seite auf die Möglichkeit [des Asylantrags] hingewiesen wird. Die MigrantInnen bekommen dieses Formular bei der Verhaftung und das im Zuge von Ereignissen, in denen viele Dinge gleichzeitig passieren: Freiheitsentzug, ihre Besitztümer werden verstaut und registriert und ihre Fingerabdrücke werden abgenommen. Die INM Beamten sagten Amnesty International, dass mit allen MigrantInnen ohne behördliche Aufenthaltserlaubnis eine einstündige Befragung durchgeführt werde, wenn sie festgenommen werden, in der ihnen ihre Schutzrechte erklärt werden.[111] Amnesty International hat jedoch einige Aussagen von MigrantInnen und AnwältInnen gesammelt, die regelmäßig Hafteinrichtungen für MigrantInnen besuchen, die besagen, dass die Befragungen nicht so ausführlich sind, sondern oft eher kurz und ohne gründliche Erklärungen ablaufen.[112] Die Verfahren, die von der INM eingesetzt werden und die sicherstellen sollen, dass MigrantInnen angemessen über ihr Recht auf Schutz aufgeklärt werden, müssen unbedingt überarbeitet werden. Diesbezüglich hat Präsident Enrique Peña Nieto im September 2016 eine Reihe von Maßnahmen vor der UN Generalversammlung angekündigt. Eine davon verspricht den Einsatz von Informationskampagnen von Behörden, um das Recht auf Asyl besser publik zu machen.[113] Solche Initiativen müssen von einer Überarbeitung der Vorgehensweisen der INM Beamten begleitet werden, die Verhaftungen und Rückführungen von MigrantInnen und Asylsuchenden durchführen.

"Ich wurde 27 Mal aus Mexiko abgeschoben. Die mexikanischen Einwanderungsbeamten interessiert es nicht, warum du dein Land verlässt. Sie machen sich über dich lustig."

Zeugenaussage eines 23-jährigen Honduraners, der sein Land fünf Jahre vorher verlassen hat, weil sein Leben in Gefahr war. Eine *Mara* suchte ihn, weil er ihre Ränge verlassen hatte, in die der im Alter von 13 Jahren zwangsrekrutiert worden war.[114]

Seit 2014 verlässt sich die mexikanische Regierung mehr und mehr auf ein auf Sicherheit basierendes Vorgehen gegenüber MigrantInnen an ihrer südlichen Grenze, was direkte Konsequenzen für die Menschenrechte von MigrantInnen ohne behördliche Aufenthaltserlaubnis und Asylsuchende hat. Der Höhepunkt der Einreisezahlen wurde begleitet von Mexikos neuem Programm zur Umsetzung des Einwanderungsrechts, auch bekannt als der Plan für die südliche Grenze (Southern Border Plan). Angekündigt vom mexikanischen Präsidenten Enrique Peña Nieto am 7. Juli 2014[115] ist das vordergründige Ziel des Plans, die Sicherheit der MigrantInnen zu garantieren, die die südliche Grenze von Mexiko zu Guatemala und Belize überqueren, was einen verstärkten Einsatz von Sicherheitspersonal und Infrastruktur bedeutet. Die Umsetzung des Plans hatte negative Konsequenzen für die Chancen der Menschen aus Zentralamerika, die internationalen Schutz brauchen, Asyl zu beantragen und zu erhalten. Bis heute sind öffentliche Informationen über den Plan nur eingeschränkt auf generelle Ankündigungen und Vorträge verfügbar – die öffentlichen Dokumente geben keine detaillierten Informationen über Transparenz oder Überwachungsmechanismen.[116]

---

[110] Siehe Ley sobre Refugiados, Protección Complementaria y Asilo Político, einsehbar unter: http://www.comar.gob.mx/work/models/COMAR/pdf/LSRPCYAP_DOF_30102014.pdf

[111] Interview und Treffen zwischen Amnesty International und Beamten des Instituto Nacional de Migración (INM) am 2. Mai 2017

[112] Diese Information basiert auf zahlreichen Zeugenaussagen von erfahrenen AsylanwältIInnen sowie von MigrantInnen.

[113] Aussage von Präsident Enrique Peña Nieto in der 71. Generalversammlung der Vereinten Nationen, September 2016, http://www.gob.mx/presidencia/prensa/palabras-del-presidente-enrique-pena-nieto-durante-la-cumbre-de-lideres-sobre-refugiados-en-el-marco-de-la-71-asamblea-general-de-laonu

[114] Gespräch mit Amnesty International im November 2016

[115] Presidency of Mexico Press Release, 7. Juli 2014: Pone en marcha el Presidente Enrique Peña Nieto el Programa Frontera Sur, einsehbar unter: http://www.gob.mx/presidencia/prensa/pone-en-marcha-el-presidente-enrique-pena-nieto-el-programa-frontera-sur

[116] Das einzige offizielle Dokument, das exisatiert, ist ein öffentlicher Erlass in der Official Gazette am 8. Juiy 2014, mit dem eine neue Einheit innerhalb des Innenministeriums in Bezug auf die mexikanische südliche Grenze gebildet wird. Einsehbar unter: http://www.dof.gob.mx/nota_detalle.php?codigo=5351463&fecha=08/07/2014

Der Plan für die südliche Grenze hat zu einem Anstieg von Sicherheitsoperationen an der mexikanischen Grenze zu Guatemala und Belize geführt und wird mit regelmäßigen Berichten zu Erpressungen, Entführungen und anderen Menschenrechtsverletzungen gegen MigrantInnen in Verbindung gebracht. Teilweise ist der Grund dafür, dass die Behörden auf traditionellen Migrationsrouten patroullieren, was MigrantInnen noch mehr in Gefahr bringt und sie auf unsicherere Routen zwingt. Der Plan für die südliche Grenze hat auch zu einem Anstieg von Verhaftungen und Abschiebungen von MigrantInnen ohne behördliche Aufenthaltserlaubnis geführt.

Der Plan wurde für seinen harten Ansatz weithin kritisiert, der den Einsatz von Polizei und Militär für Sicherheitsoperationen erheblich erhöht[117], die vorwiegend das Ziel haben, Asylsuchende und MigrantInnen zu verhaften und in ihre Heimatländer zurückzuschicken. Im Juni 2015 äußerte die Interamerikanische Kommission für Menschenrechte ihre Bedenken bezüglich einer steigenden Anzahl von Berichten über Menschenrechtsverletzungen entlang der mexikanischen südlichen Grenze infolge der Durchführung des Plans.[118]

Alberto*: Die mexikanische Regierung schob ihn 14 Mal nach Honduras ab und er kam immer wieder zu Fuß zurück

Alberto, 62 Jahre alt, hatte ein einfaches Leben. Er verkaufte Zeitungen an einer Straßenecke in Tegucigalpa, Honduras. Im September 2014 begann dies zum Problem für ihn zu werden, weil die *Mara* ihn zwingen wollten, für sie als Informant zu arbeiten und sie über die Bewegungen der Polizei in der Gegend zu informieren. Als Alberto sich weigerte, für sie zu arbeiten, wusste er, dass seine Tage gezählt waren. Am Tag, nachdem er nein zu der *Mara* gesagt hatte, kam er nach Hause und fand all seine Besitztümer verbrannt vor. Alberto beschloss noch an diesem Tag zu fliehen. Bevor er ging, besuchte er noch das Haus seines Bruders, der ihm sagte: „Du musst jetzt sofort gehen, weil die *Mara* gerade hier angerufen hat, ich habe keine Ahnung, woher sie diese Nummer haben." Sein Bruder gab ihm schnell ein paar Kleidungsstücke und ein bisschen Brot und Alberto lief los zur Bushaltestelle. Weil er jedoch kein Geld hatte, legte er den größten Teil der Strecke nach Mexiko zu Fuß zurück. Alberto sagte Amnesty International, dass er am ersten Tag, nachdem er von zu Hause geflohen war, 60 Kilometer zu Fuß zurücklegte.

Alberto versuchte 13 Mal, nach Mexiko einzuwandern, bevor man ihm im Oktober 2016 endlich Asyl gewährte, nachdem er einen erfolgreichen Antrag bei COMAR gestellt hatte. Erstaunlicherweise wurde er zu keiner Zeit richtig von den INM Beamten über seine Rechte, Asyl zu beantragen, informiert. Innerhalb eines Jahres griffen die INM Beamten Alberto wieder und wieder auf, ohne seine Schutzbedürftigkeit angemessen festzustellen, und machten sich oftmals über ihn lustig, während sie ihn festnahmen und abschoben. Zum Schluss erfuhr Alberto von der Möglichkeit, in Mexiko Asyl zu beantragen, aber nur dank eines honduranischen Beamten, der in der Aufnahmeeinrichtung auf der Straße nach Honduras arbeitete, wo mexikanische Regierungsbusse Alberto absetzten und wo er ein paar Stunden in seinem Heimatland verbrachte, bevor er erneut die Reise nach Mexiko antrat.

Mexiko wurden 2016 75 Mio USD aus US-Regierungsgeldern der Merida Initiative, einem Paket für Sicherheitsunterstützung, das seit 2007 existiert, als Unterstützung für „die Umsetzung von Sicherheits- und Migrationsmaßnahmen"[119] entlang Mexikos südlicher Grenze zugewiesen. Dies umfasst, unter anderem, den Bau von neuen Flottenstützpunkten. Obwohl die Trump Administration angedeutet hat, dass die Merida Initiative geändert oder eingestellt werden soll, ist die Beteiligung der Streitkräfte der USA entlang Mexikos südlicher Grenze weiter deutlich. Eine Konferenz im April 2017 zwischen dem Südlichen Kommando der Vereinigten Staaten und mexikanischen und zentralamerikanischen Beamten legte Pläne für mehr Patrouillen an Land und in der Luft an Mexikos südlicher Grenze vor und verstärkte die Beteiligung des US Militärs bei den Bemühungen der

[117] Siehe Grafik 1: "Participation of Security and Justice Agencies in Migration Enforcement Operations" in An Uncertain Path: Justice for Crimes and Human Rights Violations against Migrants and Refugees in Mexico, Washington Office on Latin America (WOLA) et al., November 2015, Seite 11.
[118] Inter American Human Rights Commission IACHR Expresses Concern over Mexico's Southern Border Plan, 10. Juni 2015, einsehbar unter: http://www.oas.org/es/cidh/prensa/comunicados/2015/065.asp .
[119] US Congressional Research Service, US – Mexico Security Cooperation: The Mérida Initiative and Beyond, 22. Februar 2016, einsehbar unter: https://www.fas.org/sgp/crs/row/R41349.pdf, Seite 15

mexikanischen und zentralamerikanischen Regierungen im Umgang mit Migration und transnationalem organisiertem Verbrechen.[120] Drogenhandel und organisiertes Verbrechen sind tatsächlich reale Probleme in der Region. Eine Betrachtung des Themas Migration vor allem als Teil dieses Problems übersieht jedoch wichtige Themen, wie den Schutz der Menschen, deren Menschenrechte in Gefahr sind, verletzt zu werden, wenn solche Rahmenpläne Menschenrechte nicht als wichtige Priorität betrachten.

5.1 MEXICO BRICHT DIE EIGENEN GESETZE UND INHAFTIERT KINDER

Obwohl mexikanisches Recht die Inhaftierung von Kindern explizit verbietet[121], hielt Mexiko im Jahr 2016 40.542 Kinder in Haftanstalten für Asylsuchende fest[122]. Mexiko hat 54 solcher Haftanstalten, von denen sich keine zur Unterbringung von Kindern eignet und die Hochsicherheitstrakte haben. Der UNO Sonderberichterstatter für Folter und andere grausame, unmenschliche und erniedrigende Formen der Bestrafung sagte, bei seinem Besuch in Mexiko im Jahr 2014 habe er Berichte darüber erhalten, dass MigrantInnen in Mexikos Haftanstalten für Asylsuchende Schläge, Drohungen, Erniedrigung und Beleidigungen erfahren haben[123]. Mexikos nationale Kommission für Menschenrechte hielt in ihrem Bericht von 2016 fest, dass die Bedingungen in diesen Haftanstalten für Asylsuchende untauglich zur Unterbringung von Kindern seien[124]. Die Inhaftierung von Kindern und Jugendlichen ist bisweilen nur für kurze Dauer, erstreckt sich in vielen Fällen jedoch auf Wochen oder Monate. Amnesty International dokumentierte eine Reihe von Fällen, in denen selbst Einjährige für einen Monat oder länger in Haftanstalten festgehalten wurden, fast ohne Möglichkeit für Aktivitäten im Außenbereich und kindgerechter Versorgung. In einigen Fällen wurden Kinder und Jugendliche aus diesen Haftanstalten in darauf spezialisierte staatliche Heime verlegt. Nichtsdestotrotz sind diese Heime, die vom Sozialamt (Sistema Nacional DIF) betrieben werden, als ausreichende Alternative zu einer Inhaftierung ebenfalls sehr fragwürdig. Jugendliche in diesen Heimen werden über Monate hinweg ihrer Freiheit beraubt. Amnesty International konnte den Fall eines jungen Honduraners belegen, der in Ciudad Juarez, Chihuahua, eine DIF Einrichtung für über 500 Tage nicht verlassen durfte.

Eine langanhaltende Inhaftierung kann einer der Hauptgründe sein, weshalb einige Asylsuchende ihren Asylantrag aufgeben, weil sie es nicht ertragen können, das Prozessergebnis unter Freiheitsentzug abzuwarten. Diana* aus Honduras berichtete Amnesty International, dass es ihr kleiner Sohn nicht mehr aushielt, im Haftzentrum eingesperrt zu sein. Trotz der Angst um ihr Leben in Honduras hat sie daher entschieden, ihrer Abschiebung zuzustimmen, um freigelassen zu werden, anstatt gegen die Ablehnung ihres Asylgesuchs durch COMAR Berufung einzulegen. Manchmal kommt Inhaftierung von Kindern und Familien zwangsläufig einer Zurückweisung gleich, wenn die anhaltende Haft zu einem unerträglichen Faktor wird und die Inhaftierten dazu bringt, ihr Schutzgesuch fallen zu lassen und sich durch Rückkehr erneut der Gefahr in ihrem Heimatland auszusetzen.

---

[120] US Southern Command, Press Release Northcom Commander Highlights Partnerships to Counter Transnational Crime, 25. April 2017, einsehbar unter: http://www.southcom.mil/MEDIA/NEWS-ARTICLES/Article/1162984/northcom-commander-highlights-partnerships-to-countertransnational-crime/ Aufgerufen am 6. Mai 2017

[121] Siehe REGLAMENTO de la Ley General de los Derechos de Niñas, Niños y Adolescentes, Art. 111, einsehbar unter http://www.dof.gob.mx/nota_detalle.php?codigo=5418303&fecha=02/12/2015

[122] Mexikanisches Innenministerium, Abteilung für Einwanderungspolitik, Statistik: AusländerInnen aufgegriffen und zurückgeschickt http://www.politicamigratoria.gob.mx/es_mx/SEGOB/Extranjeros_alojados_y_devueltos_2016, zuletzt eingesehen am 21. Mai 2017

[123] Informe del Relator Especial sobre la tortura y otros tratps p penas crueles, inhumanos o degradantes, Juan E. Méndez, presentado al Consejo de Derechos Humanos de Naciones Unidas, 29 Diciembre de 2014, A/HRC/28/68/Add.3, párr. 72-73, einsehbar unter https://documents-dds-ny.un.org/doc/UNDOC/GEN/G14/252/91/PDF/G1425291.pdf?OpenElement

[124] Siehe Comisión Nacional de Derechos Humanos, Informe 7/2016 del Mecanismo Nacional de Prevención de la Tortura; 29 Septiembre de 2016, einsehbar unter www.cndh.org.mx/sites/all/doc/PrevTortura/7_2016.pdf

Telsa, asylsuchend und mit ihren 3 Kindern eingesperrt: "Ich werde hier drin verrückt."

Die 28-jährige Telsa L.H.Z. aus Nordhonduras wurde im November 2016 im Haftzentrum für Asylsuchende "Siglo XXI" in Tapachula, Südmexiko, zusammen mit ihren Kindern im Alter von 1, 3 und 5 Jahren für 20 Tage festgehalten. Es war das zweite Mal, dass Telsa aus ihrem Heimatland floh, nachdem sie schon einen Monat zuvor von den mexikanischen Behörden abgeschoben worden war. Telsa reichte ihren Asylantrag kurz nach ihrer Festnahme durch Migrationsbeamte ein, die sie und ihre kleinen Kinder in der Haftanstalt unterbrachten. Ihr Schutzgesuch begründete sie mit Drohungen und sexueller Gewalt gegen sie in Honduras. Ihre Familie wurde einem Schlafsaal mit insgesamt 10 Personen zugewiesen, wo es wenig Abwechslung für die zwei Jungen und das Baby gab und auch keine psychologische Betreuung. Während der Haft sagte Telsa gegenüber Menschenrechtsanwälten, „Ich werde hier drin verrückt." Am 23. November erstattete Telsa Strafanzeige bei den mexikanischen Behörden, weil sie und die Mitreisenden, mit denen sie im Oktober 2016 bei ihrem zweiten Einreiseversuch nach Mexiko bei Tenosique, Tabasco, unterwegs war, von Kriminellen angegriffen worden waren. Dabei wurde ihr dreijähriger Sohn vorübergehend entführt. Trotz dieses gerade durchlittenen Traumas erhielt Telsas Sohn in der Haftanstalt "Siglo XXI" keine geeignete psychologische Unterstützung. Als ansässige Anwälte sowie Amnesty International auf die Behörden Druck ausübten, wurde Telsa schließlich aus der Haft entlassen und mit ihren Kindern in einer naheliegenden Unterkunft für MigrantInnen untergebracht.

Die mexikanischen Behörden haben in den letzten Monaten einige Fortschritte bei Programmen gemacht, die die Entlassung von Asylsuchenden aus den Haftanstalten ermöglichen, während sie auf die Entscheidung über ihr Asylgesuch warten. Das INM bestätigte[125] gegenüber Amnesty International, dass Mitte 2016 eine Übereinkunft zwischen COMAR, INM und UNHCR getroffen wurde, um eine Serie „rechtmäßiger Entlassungen" von Asylsuchenden aus Haftanstalten umzusetzen. Dem UNHCR zufolge wurden infolgedessen 1.000 Asylsuchende zwischen Juli 2016 und Mai 2017 freigelassen[126]. Obgleich diese Maßnahmen sicherlich einen Schritt in die richtige Richtung bedeuten, wurden weder das Abkommen dieser drei Institutionen veröffentlicht noch die Kriterien, nach denen über eine Freilassung von Asylsuchenden entschieden wird. Die Institutionalisierung solcher Mechanismen würde inhaftierte Kinder und Familien besser schützen.

5.2 WER MEXIKO DURCHQUERT, SETZT SEIN LEBEN AUFS SPIEL

MigrantInnen und Asylsuchende sind auf ihrer Reise durch Mexiko häufig Opfer von Überfällen, Erpressung, Entführungen und Tötungen. Amnesty International hat Dutzende Zeugenaussagen von MigrantInnen und Asylsuchenden gesammelt, die auf ihrer Reise durch Mexiko Opfer solcher Verbrechen wurden. Frauen sind insbesondere dem Risiko sexueller Gewalt ausgesetzt und unbestätigten Berichten zufolge nehmen Migrantinnen vor Reiseantritt oft empfängnisverhütende Medikamente ein, weil Vergewaltigungen auf dem Weg so verbreitet sind. Organisierte kriminelle Banden sehen in MigrantInnen oft eine Möglichkeit zur wirtschaftlichen Bereicherung, indem sie sie entführen, um Lösegeld zu erpressen, bis die Angehörigen in den jeweiligen Heimatländern oder den USA eine gewisse Summe für die Freilassung bezahlt haben. Eine weitere Methode organisierter Kriminalität ist die der Zwangsarbeit von Asylsuchenden für die kriminellen Banden. 2009 und 2011 veröffentlichte Mexikos Kommission für Menschenrechte zwei ausführliche Berichte über Entführungen von MigrantInnen und erkannte an, dass mexikanische Beamte teilweise mit den kriminellen Gruppierungen, die hinter diesen Entführungen stecken, zusammen gearbeitet haben. Der erste Bericht umfasste 9.758 Entführungen von MigrantInnen über einen Zeitraum von fünf Monaten, wohingegen die neue Fassung von 2011 schon von 11.333 Entführungen in nur sechs Monaten berichtete[127]. Es wurde seitdem keine aktuelle Statistik veröffentlicht, jedoch ist das Phänomen nach wie

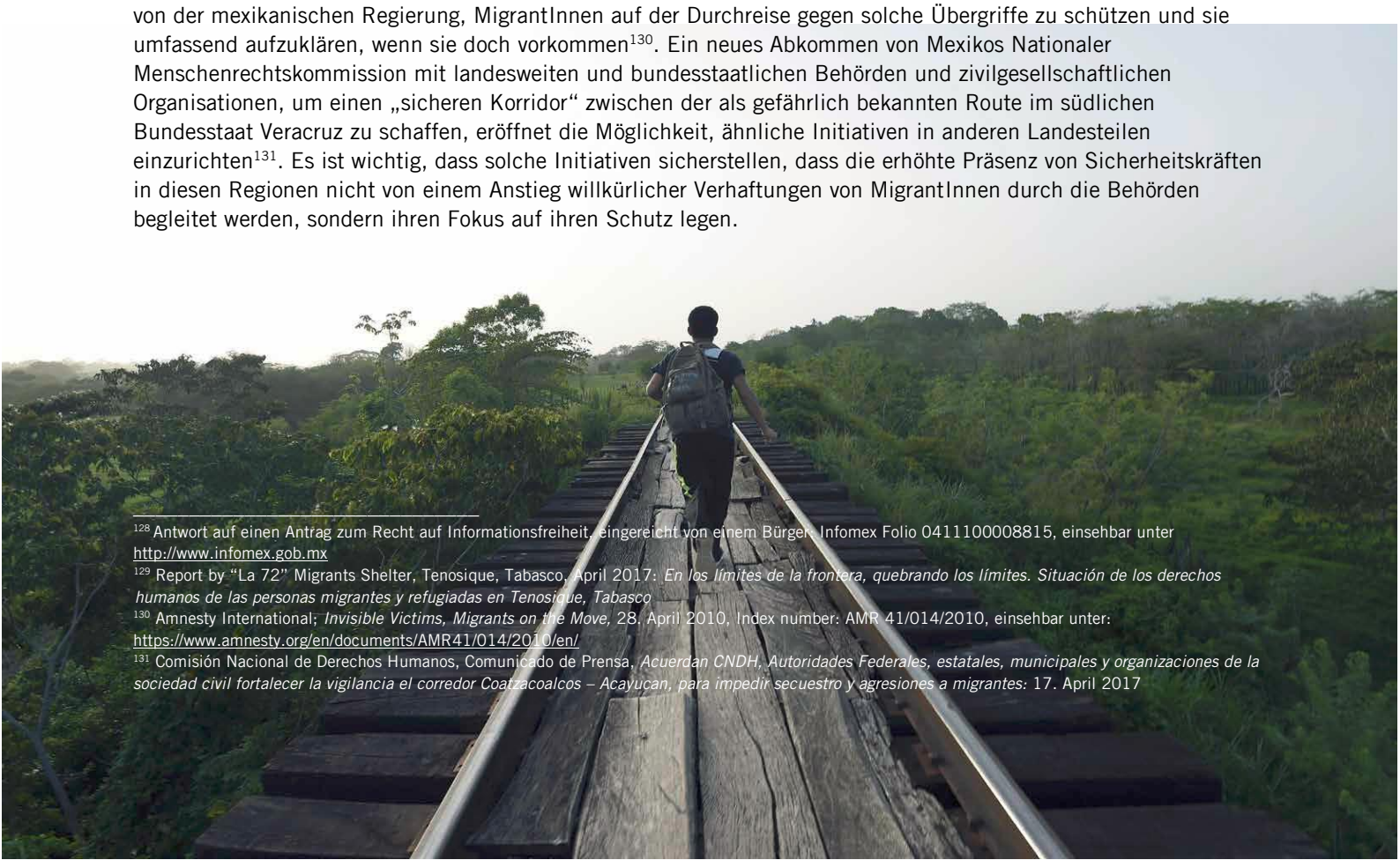
[125] Interview mit einem Vertreter der INM mit Amnesty International, 23. November 2016. Treffen mit dem Direktor für den Schutz von MigrantInnen bei der INM mit Amnesty International, 2. Mai 2017.
[126] Social media Beitrag des UNHCR Büros in Mexiko, Mai 2017
[127] Siehe Sonderbericht der CNDH, einsehbar unter: http://www.cndh.org.mx/sites/all/doc/Informes/Especiales/2011_secmigrantes.pdf

vor weit verbreitet. Zum Beispiel berichtet die INM über elf mal mehr Entführungen im Jahr 2014 als 2013[128]. Massaker an MigrantInnen sind ebenfalls nicht ungewöhnlich und eine Reihe von Massengräbern mit hunderten verstümmelter Leichen von MigrantInnen wurden zwischen 2010 und 2012 in den Bundesstaaten Nuevo León und Tamaulipas an der nördlichen Grenze entdeckt. Im Juni 2015 dokumentierte Amnesty International einen bewaffneten Angriff auf eine Gruppe von etwa 120 mittelamerikanischen MigrantInnen, die durch den nördlichen Grenzstaat Sonora reisten. Regelmäßig werden solche Angriffe gemeldet.

Entlang der Reiseroute durch Mexiko gibt es bestimmte Brennpunkte für Übergriffe auf MigrantInnen. Eine Unterkunft für MigrantInnen und Asylsuchende in Tenosique im südöstlichen Grenzstaat Tabasco meldete bei Entführungen einen Anstieg um 75%, die die Unterkunft mit Hilfe von Zeugenaussagen im Jahr 2016 registrierte, wobei Städte wie Cardenas im Süden von Veracruz auch zu diesen Brennpunkten gehören[129]. Im Februar 2017 befragten MitarbeiterInnen von Amnesty International eine Honduranerin, die aussagte, dass sie mit einer Gruppe von sechs anderen zentralamerikanischen MigrantInnen bei Tierra Blanca, Veracruz, durch Südmexiko reiste, als sie von zehn bewaffneten Männern entführt und für acht Tage in einem Haus festgehalten wurden, gefesselt an Plastikstühle, bis sie zustimmten, ihre Familien anzurufen und um die 3.000 USD für ihre Freilassung zu bitten.

Ein anderer Brennpunkt für Entführungen ist der Bundesstaat Tamaulipas an der Grenze zu den USA. Hier im Norden, vor allem in den Grenzstädten Nuevo Laredo, Reynosa und Matamoros, führte Amnesty International von Februar bis März 2017 Dutzende Interviews mit MigrantInnen und Asylsuchenden. Zwei Drittel der Befragten, die gegenüber Amnesty International von einer Entführung entlang der amerikanisch-mexikanischen Grenze berichteten, gaben an, dass diese in Tamaulipas stattfand. Während des dreitägigen Aufenthaltes von Amnesty International in diesen Städten sprachen die ResearcherInnen auch mit einer Gruppe Asylsuchender, die kurz zuvor einer Entführung entronnen waren. Eine Guatemaltekin sagte Amnesty International, dass ihr am 18. Dezember 2016 am US-amerikanischen Grenzübergang in Laredo, Texas, die Einreise verweigert wurde, als sie um Asyl bat. Nachdem sie von den CBP Beamten zurückgewiesen worden war, ging sie über die Brücke zurück nach Nuevo Laredo, Tamaulipas, und von dort nahm sie ein Taxi, zusammen mit der Frau, die sie begleitete. Als das Taxi an einer Tankstelle hielt, wurde sie entführt und drei Tage in einem Haus festgehalten und erst wieder freigelassen, nachdem ihr Vater den Entführern 500 Dollar zahlen konnte.

Sowohl die US-amerikanischen als auch die mexikanischen Behörden tragen in ihrem jeweiligen Territorium die Verantwortung für den Schutz der MigrantInnen vor dem hohen Risiko, entlang der Grenze entführt, getötet oder missbraucht zu werden. Vorschläge von Präsident Trump, die Asylsuchenden in die angrenzenden Gebiete zurückzuschicken, aus denen sie kamen, stellen eine große Gefahr für diejenigen dar, die in Grenzregionen zurückgebracht werden, in denen solche Übergriffe weit verbreitet sind. Amnesty International fordert seit Jahren von der mexikanischen Regierung, MigrantInnen auf der Durchreise gegen solche Übergriffe zu schützen und sie umfassend aufzuklären, wenn sie doch vorkommen[130]. Ein neues Abkommen von Mexikos Nationaler Menschenrechtskommission mit landesweiten und bundesstaatlichen Behörden und zivilgesellschaftlichen Organisationen, um einen „sicheren Korridor“ zwischen der als gefährlich bekannten Route im südlichen Bundesstaat Veracruz zu schaffen, eröffnet die Möglichkeit, ähnliche Initiativen in anderen Landesteilen einzurichten[131]. Es ist wichtig, dass solche Initiativen sicherstellen, dass die erhöhte Präsenz von Sicherheitskräften in diesen Regionen nicht von einem Anstieg willkürlicher Verhaftungen von MigrantInnen durch die Behörden begleitet werden, sondern ihren Fokus auf ihren Schutz legen.



[128] Antwort auf einen Antrag zum Recht auf Informationsfreiheit, eingereicht von einem Bürger, Infomex Folio 0411100008815, einsehbar unter http://www.infomex.gob.mx

[129] Report by “La 72” Migrants Shelter, Tenosique, Tabasco, April 2017: *En los límites de la frontera, quebrando los límites. Situación de los derechos humanos de las personas migrantes y refugiadas en Tenosique, Tabasco*

[130] Amnesty International, *Invisible Victims, Migrants on the Move,* 28. April 2010, Index number: AMR 41/014/2010, einsehbar unter: https://www.amnesty.org/en/documents/AMR41/014/2010/en/

[131] Comisión Nacional de Derechos Humanos, Comunicado de Prensa, *Acuerdan CNDH, Autoridades Federales, estatales, municipales y organizaciones de la sociedad civil fortalecer la vigilancia el corredor Coatzacoalcos – Acayucan, para impedir secuestro y agresiones a migrantes:* 17. April 2017

5.3 ASYLSUCHENDE AUF DER DURCHREISE IN GEFAHR: TRANSPERSONEN

Bestimmte Gruppen sind auf der ohnehin gefährlichen Flucht aus ihren Heimatländern auf der Suche nach Schutz im Norden besonders hohen Risiken ausgesetzt. Während Statistiken über die Ermordung von LGBTI Personen von den Regierungen schwer zu bekommen sind, haben die Interamerikanische Kommission für Menschenrechte (IACHR) und das Büro des UNO Hochkommissariats für Menschenrechte festgestellt, dass Mitglieder der LGBTI Gemeinschaft in den Staaten des Nördlichen Dreiecks oft das Ziel von Übergriffen sind[132]. Sie sind einem hohen Risiko ausgesetzt, Opfer von Gewalt und Erpressung durch Banden und organisierte und kriminelle Gruppierungen, von Hassverbrechen und von Übergriffen durch Behörden zu werden[133].

© Amnesty International / Benjamín Alfaro Velázquez

"In Honduras haben mich die Maras angespuckt und beleidigt"

Brenda*, Transfrau, die aufgrund wiederholter körperlicher Tätlichkeiten gegen sie aus Honduras fliehen musste

Amnesty befragte 10 Transfrauen, die auf der Flucht vor Gewalt nach Mexiko kamen. Die meisten von ihnen waren in Tapachula an der südlichen Grenze und warteten darauf, dass mexikanische Behörden über ihre humanitären Visa oder Asylgesuche bescheiden, was mitunter Monate dauern kann. Die Mehrheit dieser Transfrauen berichtete, dass sie sich in Tapachula nicht ganz sicher fühlten, da sich dort die gleichen Banden aufhalten, von denen sie bereits in ihren Heimatländern angegriffen worden waren und die sie zur Flucht gezwungen haben. Einige der Transfrauen bestätigten gegenüber Amnesty International sogar, dass sie auch in Tapachula Diskriminierung und gewalttätige Übergriffe durch Banden erfahren haben.

---

[132] United Nations, Annual report of the High Commissioner for Human Rights on the activities of his office in Guatemala A/HRC/34/3/ Add.1, January 2017, einsehbar unter https://documents-dds-ny.un.org/doc/UNDOC/GEN/G17/004/56/pdf/G1700456.pdf?OpenElement
Annual report of the High Commissioner for Human Rights on the activities of his office in Honduras A/HRC/34/3/Add.2, February 2017, einsehbar unter https://documents-dds-ny.un.org/doc/UNDOC/GEN/G17/029/29/pdf/G1702929.pdf?OpenElement
Inter-American Commission on Human Rights, Violencia contra Personas Lesbianas, Gay, Bisexuales, Trans e Intersex en América, 12 November 2015, pp. 172-173, einsehbar unter http://www.oas.org/es/cidh/informes/pdfs/ViolenciaPersonasLGBTI.pdf
[133] Latin AMERICA WORKING GROUP, *LGBTQI Women*, 2017. Einsehbar unter http://www.lawg.org/component/taxonomy/term/summary/223/

Transfrauen verdeutlichen, wie wichtig individualisierte Bewertungskriterien in Asylfragen sind. Es ist wichtig, dass die mexikanische Regierung die spezifischen Schutzanforderungen jeder einzelnen Person bewertet. Es ist ebenso wichtig darauf zu achten, dass bestimmte gefährdete Gruppierungen in andere Landesteile gebracht werden, anstatt sie den Ausgang ihrer Asylverfahren in Gebieten abwarten zu lassen, in denen sie weiterhin Risiken ausgesetzt sind. Transfrauen in Tapachula sind besonders gefährdet aufgrund der Charakteristika ihrer Arbeitsmöglichkeiten, wie der Sexarbeit, und durch spezifische Netzwerke krimineller Gruppen, die entlang der Grenze in dieser Branche aktiv sind.

Katherine*: In derVorhölle an Mexikos südlicher Grenze

"Ich möchte nie wieder einen Fuß auf den Boden El Salvadors setzen. Ich weiß, wenn ich zurückkehre, werden sie mich einfach umbringen."

Die Erfahrungen von Katherine, einer in El Salvador lebenden Transfrau aus Nicaragua, sind ein Beispiel dafür, wie Trumps Angstfaktor und Mexikos andere Mauer das Leben der Menschen beeinträchtigen. Katherine hat in El Salvador einen Mordversuch überlebt. Ein Mann hat im Dezember 2014 auf sie geschossen, als sie einer Transgender Sexarbeiterin half, die von ebendiesem Mann angegriffen worden war.

Obwohl sie Hauptzeugin und ihre Identität angeblich geschützt war, erhielten Katherine und ihr Partner immer wieder Todesdrohungen, um sie dazu zu bringen, ihre Aussage zurückzuziehen. Ihr Partner wurde im Juni 2016 in seinem Haus angegriffen und bedroht.

Im Dezember 2016 kam es zwar zu einer Verurteilung, jedoch kam der Angreifer nicht in Haft. Acht Tage vor der Anhörung war eine andere Zeugin in dem Fall (die Transfrau, der Katherine versucht hatte, zu helfen) erschossen worden. Katherine versuchte, für ein paar Monate innerhalb El Salvadors umzuziehen, jedoch hatte sie damit keinen Erfolg und wurde weiterhin von der Mara verfolgt, die für die Morde verantwortlich war.

Katherine und ihr Partner flohen daraufhin aus El Salvador und kamen am 6. März 2017 nach Tapachula, an Mexikos südlicher Grenze. Katherine beantragte Asyl in Mexiko und wartet jetzt die drei oder vier Monate ab, die der Antrag braucht. Wegen Trump möchte sie nicht in die USA.

6. EMPFEHLUNGEN

AN DEN PRÄSIDENTEN DER VEREINIGTEN STAATEN:

- Bestätigen Sie öffentlich, dass Asylsuchende im vollen Umfang berechtigt sind, die USA zu betreten und um Schutz zu suchen.
- Stellen Sie die frühere Aussage richtig, die fälschlicherweise Asylsuchende und MigrantInnen mit Kriminellen gleichsetzte.

AN DEN KONGRESS DER VEREINIGTEN STAATEN:

- Erlassen Sie Gesetze, die die Grenzsicherheits-Verordnung (Border Security Executive Order) außer Kraft setzen und verstärkten Schutz für MigrantInnen ohne behördliche Aufenthaltserlaubnis und Asylsuchende bieten. Diese Gesetze sollen Schutz vor Verhaftung, verbesserten Zugang zu Asylverfahren, zeitnahe und angemessene Verfahren und richterliche Überprüfung während der Abschiebung ermöglichen.
- Stellen Sie sicher, dass alle einwanderungsrelevanten Gesetze, einschließlich der Zuwanderungskontrolle und der Einwanderungsregelungen, die Rechte der Einwanderer und Asylsuchenden respektieren und in Einklang mit den Verpflichtungen aus internationalem Recht stehen.
- Beenden Sie dringend die Bereitstellung von finanziellen Mitteln für die unrechtmäßige und willkürliche Verhaftung von Asylsuchenden, Familien und Kindern in US Hafteinrichtungen für Asylsuchende.
- Reformieren Sie das Einwanderungs- und Staatsangehörigkeitsgesetz, um die unrechtmäßige und willkürliche Verhaftung von Asylsuchenden, Familien und Kindern zu verhindern und das vom Kongress festgelegte Bettenkontingent für Hafteinrichtungen für Asylsuchende abzuschaffen

AN DAS HEIMATSCHUTZMINISTERIUM (DEPARTMENT OF HOMELAND SECURITY - DHS):

- Geben Sie klare Richtlinien heraus, die verbieten, dass Asylsuchende durch die Zoll- und Grenzschutzbehörde (CBP) und Grenzpatrouillen an Grenzstationen und entlang der Grenze abgewiesen werden, und stellen Sie sicher, dass diese Personen an einen Asylsachbearbeiter für eine individuelle Anhörung in Übereinstimmung mit US-amerikanischen Gesetzen verwiesen werden.
- Untersuchen Sie den Anspruch auf Asyl mit Hilfe eines umfänglichen und fairen Asylverfahrens, das über sämtliche verfahrensrechtlichen und grundlegenden Schutzmaßnahmen verfügt, wie beispielsweise die Bereitstellung von Informationen, professionelle Übersetzungen und Zugang zu Rechtsbeistand.
- Appellieren Sie an die Zoll- und Grenzschutzbehörde, ein täglich aktualisiertes Verzeichnis der Grenzübertritte zu führen und mit dem Generalinspektor des Heimatschutzministeriums (DHS's Office of the Inspector General) zu kooperieren, um die Anforderungen an Überprüfungen an Ort und Stelle an den Grenzübergängen zu erfüllen.
- Beenden Sie die in der Grenzsicherheits-Verordnung dargestellten Pläne, ankommende Asylsuchende nach Mexiko zurückzuschicken, damit sie dort ihr Asylverfahren abwarten. Dieses Vorgehen verletzt internationales Recht.
- Beenden Sie die Inhaftierung von Kindern, egal ob sie begleitet oder unbegleitet, von ihren Familien getrennt oder mit ihnen zusammen sind, denn das entspricht niemals dem Kindeswohl.
- Begrenzen Sie dringend die Inhaftierung von Asylsuchenden, MigrantInnen und ihren Familien. Stellen Sie sicher, dass die Inhaftierung von Asylsuchenden und MigrantInnen die Ausnahme darstellen und nur dann zum Einsatz kommt, wenn es im Einklang mit dem Gesetz steht, in dem speziellen Fall notwendig und - nach Überprüfung der individuellen Umstände - einem legitimen Zweck angemessen ist.
- Stellen Sie sicher, dass alle Vorwürfe unrechtmäßiger Verhaftungen und Abschiebungen sofort und wirkungsvoll untersucht werden, dass alle, die daran beteiligt waren, zur Verantwortung gezogen werden und dass die Opfer umfassende Entschädigung erhalten.
- Stellen Sie dringend sicher, dass die Einwanderungs- und Zollbehörde (Immigration and Customs Enforcement - ICE) die im Dezember 2016 verlängerten Verträge für das Dilly Haftzentrum für Familien (Detention Centre for Families) in Texas kündigt und die Haftanstalt in Berks schließt.

AN DEN PRÄSIDENTEN VON MEXIKO:

- Ordnen Sie dringend eine Überprüfung der vom Nationalen Institut für Migration (National Institute for Migration - INM) implementierten Screening-Verfahren an, um illegale Abschiebepraktiken zu verhindern, und stellen Sie sicher, dass diese bestraft und Disziplinarverfahren gegen die beteiligten Beamten eingeleitet werden.
- Stellen Sie sicher – in Übereinstimmung mit mexikanischem Recht –, dass kein Kind in einer Hafteinrichtung für Asylsuchende inhaftiert wird.

AN DAS NATIONALE INSTITUT FÜR MIGRATION (INM):

- Stellen Sie sicher, dass alle Verfahren zur Rückführung und Transfer von Personen in ihre Ursprungsländer in Einklang mit den Menschenrechten erfolgen. Dazu gehört unter anderem, den Personen Zugang zu wirksamer Rechtsberatung zu ermöglichen und ihnen die Möglichkeit zu geben, vor einer Justizbehörde gegen die Rechtmäßigkeit der Abschiebeentscheidung vorzugehen.
- Implementieren Sie dringend eine Überprüfung des Screening-Verfahrens, das vom Nationalen Institut für Migration ausgeführt wird, um sicherzustellen, dass MigrantInnen ohne behördliche Aufenthaltserlaubnis, die festgenommen und inhaftiert wurden, angemessen über ihre Rechte informiert werden, in Mexiko Asyl zu beantragen. Stellen Sie dabei sicher, dass ihnen beim Zugang zum Asylverfahren keine Hürden in den Weg gestellt werden. Diese Überprüfung muss zum Ziel haben, illegale Abschiebepraktiken einzudämmen und sicherzustellen, dass diese verwaltungsrechtliche Sanktionen zur Folge haben.
- Führen Sie das Pilotprogramm weiter, Asylsuchende aus der Haft zu entlassen und stellen Sie sicher, dass - in Einklang mit dem Kindeswohl - kein Kind in Hafteinrichtungen für Asylsuchende verbleibt. Stellen Sie sicher, dass die Freilassung von Kindern keine traumatische und unnötige Trennung von Familien mit sich bringt.
- Überprüfen Sie die Umsetzung des Plans für die südliche Grenze (Southern Border Plan), um sicherzustellen, dass besonders schutzwürdige Personengruppen nicht zusätzlichen Risiken ausgesetzt werden.

AN DEN GENERALBUNDESANWALT (PGR), DIE NATIONALE MENSCHENRECHTSKOMMISSION (CNDH), DIE GENERALSTAATSANWÄLTE DER BUNDESLÄNDER UND DIE SICHERHEITSBEHÖRDEN:

- Stellen Sie sicher, dass alle Berichte über die Misshandlung von MigrantInnen und Asylsuchenden auf der Durchreise - ungeachtet dessen, ob der Täter ein Bundesangestellter ist oder nicht - sofort, objektiv und wirksam untersucht werden, damit die Verantwortlichen zur Rechenschaft gezogen werden und die Opfer Entschädigungen erhalten.
- Erwägen Sie, erneut „sichere Korridor"-Initiativen anzuwenden, welche die Koordination zwischen Sicherheitskräften und Ermittlungsbehörden in Gebieten ermöglichen, die für Entführungen, Angriffe und Misshandlungen von MigrantInnen berüchtigt sind. Stellen Sie sicher, dass bei diesen Initiativen die Sicherheit von MigrantInnen - ungeachtet ihres Aufenthaltsstatus - an erster Stelle steht.

AN DIE MEXIKANISCHE KOMMISSION ZUR BETREUUNG VON FLÜCHTLINGEN (COMAR):

- Implementieren Sie spezielle Maßnahmen für gefährdete Gruppen von Asylsuchenden, die möglicherweise sofort aus den Grenzgebieten in andere Landesteile gebracht werden müssen, um dort auf die Entscheidung über ihr Asylverfahren zu warten. Dabei sollte ein spezieller Schwerpunkt auf LGTBI Personen liegen.

AN DIE REGIERUNGEN VON HONDURAS, EL SALVADOR UND GUATEMALA:

- Entwerfen Sie Interviewfragen für konsularische Dienste und Aufnahmeeinrichtungen, damit Sie zurückgeführte MigrantInnen in Gefahr erkennen und schützen können, wenn diese in ihre Herkunftsgemeinden zurückkehren.
- Verbessern Sie die Koordination zwischen konsularischen Diensten im Ausland und nationalen Aufnahmeeinrichtungen, damit Fälle von zurückgeführten Personen, die Schutz benötigen, erkannt werden.

AMNESTY INTERNATIONAL IST EINE WELTWEITE MENSCHEN-RECHTSBEWEGUNG. WENN AUCH NUR EINER PERSON UNRECHT GESCHIEHT, GEHT DAS UNS ALLE AN.

KONTAKTIEREN SIE UNS

info@amnesty.org

+44 (0)20 7413 5500

FOLGEN SIE UNS

www.facebook.com/AmnestyGlobal

@AmnestyOnline

VOR NEUEN MAUERN

VERLETZUNGEN DER RECHTE VON ASYLSUCHENDEN DURCH DIE USA UND MEXIKO

Hunderttausende von Menschen fliehen jedes Jahr vor der extremen Gewalt in El Salvador, Honduras und Guatemala und beantragen Asyl in Mexiko und den Vereinigten Staaten. Dieser Bericht analysiert die schwerwiegenden Folgen, die die Grenzsicherheits-Verordnung von Präsident Donald Trump auf diese Menschen haben wird. Er analysiert auch die Mittäterschaft der mexikanischen Regierung, indem sie Menschen abschiebt und erneut der Gefahr aussetzt. Über die physische Mauer hinaus gibt es eine Reihe von unmenschlichen Mauern, die internationales Recht verletzen, zum Beispiel die zunehmende Inhaftierung von Asylsuchenden und Familien und die Verletzung des Prinzips der Nicht-Zurückweisung, mit der effektiv hilflose Menschen in lebensbedrohliche Situationen zurückgeschickt werden.

Index: AMR 01/6426/2017 June 2017

amnesty.org

AMNESTY INTERNATIONAL